

(A) A

(B)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Wir hatten vereinbart, dass wir die Fragestunde um ungefähr 14 Uhr für den Zusatzpunkt 1 unterbrechen, den ich hiermit aufrufe:

Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zu den Ergebnissen des Europäischen Rates am 8./9. Dezember 2011 in Brüssel

Es liegt je ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung 90 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren. – Darf ich die Kolleginnen und Kollegen bitten, Platz zu nehmen?

(Rainer Brüderle [FDP]: Ich sitze schon!)

– Ja, einige sitzen schon. Das ist richtig bemerkt, Herr Kollege Brüderle. Aber man hat von hier oben aus einen noch besseren Überblick.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat nun die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In meiner Regie-

rungerklärung am 2. Dezember habe ich unter anderem ausgeführt, dass derjenige, der vor wenigen Monaten gesagt hätte, dass wir Ende des Jahres 2011 sehr ernsthafte und sehr konkrete Schritte für eine europäische Fiskalunion, für Durchgriffsrechte in Europa einleiten, für verrückt erklärt worden wäre. Heute können wir feststellen: Wir reden nicht mehr nur über eine Fiskalunion, sondern wir haben angefangen, sie zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das war das Ziel der Bundesregierung für den Rat der europäischen Staats- und Regierungschefs in der vergangenen Woche. Dieses Ziel haben wir erreicht. Das ist in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Die übergroße Mehrheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat sich entschlossen, diese wichtige Weichenstellung auf dem Wege eines zwischenstaatlichen Vertrages vorzunehmen. Wir haben uns entschlossen, mit dieser Weichenstellung die Konstruktionsfehler zu korrigieren, die bei der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion begangen wurden. Der Weg zu einer Fiskalunion im Sinne einer Stabilitätsunion ist damit natürlich noch lange nicht abgeschlossen, aber er wurde eingeschlagen, und ich glaube: unwiderruflich.

Großbritannien wollte den Weg zu einer neuen vertraglichen Grundlage über eine Änderung der europäischen Verträge aller 27 Mitgliedstaaten nicht mitgehen, jedenfalls nicht zu Bedingungen, die die anderen 26 akzeptieren konnten. Die Antwort in dieser Situation konnte nicht Nichtstun und Abwarten sein. Sie konnte auch nicht eine bloße Reparatur mithilfe vorhandener Instrumente sein. Das wäre in dieser Krise nur halbherzig und aus meiner Sicht deshalb unverantwortlich gewesen. Die Antwort musste anders aussehen. Deshalb haben wir uns entschlossen, einen neuen zwischenstaatlichen Vertrag zu erarbeiten, an dem sich die große Mehrheit aller 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in jedem Fall aber die 17 Staaten der Euro-Zone beteiligen.

Meine Damen und Herren, auf den Tag genau 20 Jahre nach der Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion durch den Vertrag von Maastricht nehmen wir also erneut eine zentrale politische Weichenstellung vor. Wir werden die Wirtschafts- und Währungsunion auf eine gestärkte vertragliche Grundlage stellen. Diese vertragliche Grundlage soll bis März fertig sein und dann so schnell wie möglich durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden und in Kraft treten.

(Dr. Sascha Raabe [SPD]: Ordentlich beraten!)

Eine starke Rolle der Institutionen der Europäischen Union, insbesondere der Kommission und des Europäischen Gerichtshofes, soll für eine enge Verknüpfung mit den 27, mit dem Beitritt Kroatiens bald 28 EU-Mitgliedstaaten sorgen. Auch das Europäische Parlament soll und wird von Anfang an einbezogen werden, zum Beispiel durch Beobachter in dem Erarbeitungsprozess für den Vertrag.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Beobachter!)

(C)

(D)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

(A) Jeder EU-Mitgliedstaat, der dies möchte, kann sich dem neuen Vertrag anschließen. Wir wollen uns auf das Ziel verpflichten, den neuen Vertrag in den EU-Rahmen zu überführen, sobald dies möglich ist. Dieser Weg wird Europa die Tür zur Fiskalunion im Sinne einer Stabilitätsunion weit öffnen.

Ich sage hier ausdrücklich: Sosehr ich bedaure, dass Großbritannien sich nicht mit uns gemeinsam auf diesen Weg gemacht hat, sosehr ich bedaure, dass Großbritannien sich schon vor 20 Jahren gegen den Euro entschieden hat, so sehr steht für mich außer Zweifel, dass Großbritannien auch in Zukunft ein wichtiger Partner in der Europäischen Union sein wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Großbritannien ist für Europa nicht nur in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik ein verlässlicher Partner; Großbritannien ist dieser Partner auch in vielen anderen Fragen: bei der Wettbewerbsfähigkeit, im Binnenmarkt, für den Handel, für den Klimaschutz. Gerade Letzteres haben wir bei den Klimaverhandlungen in Durban noch einmal ganz deutlich erleben können. Großbritannien hat im Übrigen ein eigenes vitales Interesse daran, dass die Euro-Zone ihre Schuldenkrise überwindet. Das geschieht jedoch nicht über Nacht. Die Bundesregierung hat stets deutlich gemacht, dass die europäische Schuldenkrise nicht mit *dem einen* Befreiungsschlag zu lösen ist. Es gibt einen solchen Befreiungsschlag nicht; es gibt keine einfachen und schnellen Lösungen.

(B) Die Bewältigung der Staatsschuldenkrise ist – ich kann es gar nicht oft genug sagen – ein Prozess. Dieser Prozess dauert nicht Wochen, er dauert nicht Monate; er wird Jahre dauern. Dieser Prozess wird auch in Zukunft von Rückschlägen begleitet werden. Entscheidend aber ist nicht die Dauer des Prozesses; entscheidend ist vielmehr, ob wir uns von Rückschlägen entmutigen und verunsichern lassen oder ob wir genau das nicht tun.

Ich bin überzeugt: Wenn wir die nötige Geduld und Ausdauer haben, wenn wir uns von Rückschlägen nicht entmutigen lassen, wenn wir konsequent den Weg in Richtung Fiskal- und Stabilitätsunion gehen, wenn wir tatsächlich die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden und so den Gründungsfehler des Euro beheben, dann wird sich das bewahrheiten, was ich seit Beginn der Krise als das Ziel unseres Handelns formuliert habe: Dann wird Europa diese Krise nicht nur bestehen, sondern dann wird Europa aus dieser Krise stärker hervorgehen, als es in sie hineingegangen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dann wird ein neues, ein stabiles Europa entstehen.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Wochen die Weichen für dieses neue Europa gestellt, für ein Europa der Stabilität, der Solidarität und des Vertrauens. Daran hat die Bundesregierung entscheidend mitgewirkt, indem sie seit Beginn der Krise bei allen Maßnahmen zur akuten Krisenbewältigung

(Zuruf von der SPD: Erst mal Nein gesagt hat!)

ein ausgewogenes Verhältnis von nationaler Eigenverantwortung und europäischer Solidarität eingefordert hat. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Solange die Mitgliedstaaten weitgehend selbst für ihre Wirtschafts- und Haushaltspolitik verantwortlich sind – das ist in den heutigen Verträgen so –, so lange wird es ganz entscheidend darauf ankommen, dass zunächst einmal jeder selbst seine Hausaufgaben macht. Eigenverantwortung ist die erste Säule unserer Stabilitäts- und Fiskalunion. Dass dabei zum Teil schon wichtige Fortschritte gemacht worden sind, das erkennen wir an, und das würdigen wir.

Irland arbeitet entschlossen daran, das Vertrauen der Märkte zurückzugewinnen. Wichtige Strukturreformen, insbesondere im Bankensektor, werden durchgesetzt; die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit hilft Exporten und Wachstum. Portugal kann sich auf einen breiten Konsens stützen, um die notwendigen Konsolidierungs- und Reformmaßnahmen weiter konsequent anzugehen. Die letzten Daten, die wir aus Portugal bekommen haben, sind, was die Defizitstruktur anbelangt, sehr ermutigend.

Griechenland arbeitet inzwischen parteiübergreifend daran, seine Verpflichtungen für die Konsolidierungs- und Reformziele umzusetzen. Italien hat vor wenigen Tagen weitreichende Sparmaßnahmen und Reformen verabschiedet und das Ziel noch einmal bekräftigt, bis 2013 den Haushaltsausgleich zu schaffen und wichtige Strukturreformen durchzuführen. In Gesprächen hat mir der zukünftige spanische Ministerpräsident noch einmal versichert, dass auch Spanien den Reformkurs nach dem Regierungswechsel fortsetzen wird. (D)

Auch EU-Mitgliedstaaten, die den Euro noch nicht eingeführt haben, haben ihrerseits zum Teil erhebliche Anstrengungen unternommen, oder sie sind dabei, dies zu tun. Wir dürfen eines nicht vergessen: Den Menschen in den betroffenen Ländern wird viel abverlangt; das stimmt. Sie leisten einen Beitrag dazu, dass ihre Länder und die Euro-Zone insgesamt auf einen dauerhaft stabilen Kurs kommen, und dafür verdienen sie unsere Anerkennung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben immer gesagt: Wer Eigenverantwortung übernimmt, der kann mit der Solidarität der europäischen Partner rechnen. Solidarität ist die zweite Säule der neuen Stabilitäts- und Fiskalunion. Fünf Elemente sind dabei wichtig:

Erstens. Mit den Ende November verabschiedeten Leitlinien soll die Wirksamkeit der EFSF deutlich erhöht und sollen Ansteckungsgefahren besser eingedämmt werden. Wichtiger Beschluss bei dem Rat letzte Woche war, dass sich die Europäische Zentralbank bereit erklärt hat, die EFSF mit ihrer Expertise und ihren technischen Möglichkeiten zu unterstützen. Ich glaube, das wird einen sehr positiven Effekt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Zurufe von der SPD: Oh!)

– Die Kenner klatschen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

(A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Zurufe von der SPD)

– Ich würde mich an Ihrer Stelle lieber einmal informieren, welche Möglichkeiten und Chancen darin liegen. Diese Garantien haben wir alle hier in diesem Hohen Hause zur Verfügung gestellt. Wenn davon noch 250 Milliarden Euro übrig sind, hielte ich es nicht für schlecht, sie wirksam einzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bin noch nicht so weit, dass ich sage: Mit 250 Milliarden Euro kann man nichts machen.

(Zurufe von der SPD)

Zweitens. Die Einrichtung des dauerhaften Krisenbewältigungsmechanismus ESM, der die EFSF ablösen soll, wird auf 2012 vorgezogen werden. Wenn es so kommt, werden alle Mitgliedstaaten und damit auch wir schon 2012 Kapital einzahlen müssen. Ich betone aber auch: Dann werden alle Mitgliedstaaten und nicht nur die Triple-A-Länder ihren Beitrag, und zwar einen wirklichen Beitrag, zu dem Solidaritätsmechanismus leisten. Dies ist der wesentliche Unterschied zur EFSF und ein wesentlicher Faktor, nämlich die Tatsache, dass dann Kapital zur Verfügung steht, auch für die zusätzliche Glaubwürdigkeit des ESM. Die konsolidierte Obergrenze von EFSF plus ESM wird bei 500 Milliarden Euro liegen.

(B) Drittens. Der IWF soll über eine angemessene finanzielle Ausstattung verfügen. Dazu prüfen die Euro-Länder und weitere EU-Mitgliedstaaten, dem IWF zusätzliche Ressourcen in Form von bilateralen Krediten in Höhe von bis zu 200 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Auch andere Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft sind eingeladen, sich parallel an der Aufstockung der IWF-Ressourcen zu beteiligen. Die Mittel sollen dem allgemeinen Konto des IWF zur Verfügung stehen und im Rahmen der regulären IWF-Geschäftspolitik verwendet werden. Sie unterliegen also strikter Konditionalität. Die Bundesregierung und die Bundesbank haben hierzu die Modalitäten festgelegt; diese sind dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages gestern zugeleitet worden.

Viertens. Hinsichtlich der Beteiligung des Privatsektors im Rahmen des ESM werden wir uns an der Praxis des IWF orientieren. Zudem sollen alle neuen Staatsanleihen von Euro-Ländern künftig standardisierte Umschuldungsklauseln, also die sogenannten CACs, enthalten. Damit wird einerseits noch einmal unterstrichen, dass die freiwillige Umschuldung Griechenlands ein besonderer Fall ist, und andererseits größtmögliche Klarheit und Berechenbarkeit für Investoren in europäische Staatsanleihen geschaffen.

Fünftens. In Situationen, in denen die Finanzstabilität der Euro-Zone als Ganzes bedroht ist, können dringende Entscheidungen über die Gewährung von Hilfen durch den ESM mit hoher qualifizierter Mehrheit, nämlich 85 Prozent gemäß des Kapitalschlüssels, getroffen werden. Bei Grundsatzentscheidungen, etwa Schaffung neuer Instrumente oder Veränderung des Volumens des

ESM, bleibt es selbstverständlich beim Einstimmigkeitsprinzip. Das gilt auch für Hilfsmaßnahmen. Sie werden als letztes Mittel und wiederum nur gegen strenge Auflagen gewährt. (C)

Meine Damen und Herren, die gegenwärtige Krise im Euro-Raum ist von der Ursache her eine Staatsschuldenkrise.

(Zuruf von der LINKEN: Das ist falsch!)

Sie ist aber inzwischen auch eine Vertrauenskrise. Sie ist eine Vertrauenskrise, die die Politik – niemand sonst – zu verantworten hat.

(Zurufe von der LINKEN)

Das begann bei der Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion selbst, als Konstruktionsfehler zugelassen wurden, die die Euro-Gruppe inzwischen mit voller Wucht treffen. Das hat sich fortgesetzt, als die Politik nach Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion schon die Prinzipien, die im alten Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehen waren, nicht oder nicht vollständig angewandt oder gar aufgeweicht hat.

Es ist deshalb in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzen, dass sich die Politik in den vergangenen Monaten bis hin zum Rat am letzten Freitag endlich der Aufgabe gestellt hat, genau diese Vertrauenskrise schonungslos beim Namen zu nennen und die notwendigen Schlussfolgerungen aus ihr zu ziehen.

(Zuruf von der SPD)

Nur so schaffen wir es, neben der akuten Krisenbewältigung auch Vorsorge für die Zukunft zu treffen, damit dieser Krise nicht die nächste – die dann noch schlimmere – folgt. Die Vorsorge für die Zukunft durch neues Vertrauen ist die dritte Säule der neuen Fiskal- und Stabilitätsunion. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir wollen den Weg in eine dauerhafte Stabilitätsunion einschlagen, in der in Zukunft Regeln eingehalten werden, ihre Einhaltung kontrolliert wird und ihre Nichteinhaltung Konsequenzen hat. Dazu sollen Schuldenregeln im nationalen Recht, möglichst in den Verfassungen, verankert werden. Verbindliche Schuldenregeln sollen früh greifen und daher ein wichtiger Beitrag zur Prävention sein.

Dazu werden wir auf europäischer Ebene detaillierte und ehrgeizige Vorgaben festschreiben. Ziel ist ein ohne Sondereinflüsse ausgeglichener Haushalt in jedem Mitgliedstaat. Die Umsetzung dieser europäischen Vorgaben in nationales Recht kann in Zukunft – auf Antrag der Kommission oder eines Mitgliedstaates – der Europäische Gerichtshof prüfen. Dies ist umso bedeutsamer, als die Gerichte neben den Notenbanken – der Europäische Gerichtshof neben der Europäischen Zentralbank – im Gegensatz zur Politik die beiden Institutionen sind, deren Glaubwürdigkeit bis jetzt unangetastet und somit unverändert hoch ist.

Hinzu kommt eine weitere deutliche Verschärfung des Defizitverfahrens selbst. Wenn die 3-Prozent-De-

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) fizitobergrenze verletzt wird, soll das Defizitverfahren künftig automatisch ausgelöst werden; es sei denn, eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten entscheidet dagegen. Das ist genau die umgekehrte qualifizierte Mehrheit, die heute im Lissabon-Vertrag verankert ist. Dieses Prinzip der umgekehrten qualifizierten Mehrheit soll auch bei der Durchführung des Defizitverfahrens gelten. Das heißt, auch die Einleitung der nächsten Schritte soll in der Regel automatisch erfolgen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Mitgliedstaaten im Defizitverfahren sollen sich künftig in sogenannten Reformpartnerschaften verbindlich auf detaillierte Konsolidierungs- und Reformschritte verpflichten. Es gibt also nicht mehr die Sanktion, die vor allem im Zahlen von Geld besteht, welches man gemeinhin nicht hat, wenn man schon ein hohes Defizit aufweist, sondern es geht in Zukunft um verbindliche Schritte, die mit der Kommission und dem Mitgliedstaat vereinbart werden. Das ist sozusagen eine Konditionalität, wie wir sie heute von den Rettungsschirmen kennen. Die Einhaltung dieser Vereinbarungen soll von Kommission und Rat überwacht werden. Außerdem haben wir vereinbart, auch das Verfahren zum Schuldenabbau – die sogenannte Ein-Zwanzigstel-Regel – vertraglich zu verankern.

Meine Damen und Herren, wir alle spüren: Die Krise hat schon heute die Europäische Union verändert. Die Krise hat uns schonungslos die Rechnung für die Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit präsentiert. Der Europäische Rat am letzten Freitag hat darauf nicht mit einem weiteren Fehler geantwortet. Ein solcher Fehler wäre zum Beispiel die Einführung von Euro-Bonds gewesen,

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Zurufe von der LINKEN: Oh!)

eine schnelle vermeintliche Lösung, aber nicht an der Wurzel ansetzend. Sie sind als Rettungsmaßnahme nicht geeignet. Bei näherer Nachfrage wird das im Übrigen auch von der Kommission bestätigt.

Die Krise hat die enorme Bedeutung der gemeinsamen Währung für das europäische Projekt insgesamt deutlich werden lassen. Der Euro hat sich bewährt. Er ist wertbeständiger, als es die D-Mark je war. Als Exportnation profitiert Deutschland in besonderem Maße vom Euro. Das gilt nicht nur für die großen Unternehmen, sondern gerade auch für die mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Das muss immer wieder betont werden.

Aber der Euro ist eben auch weit mehr als eine Währung. Er steht symbolhaft für die Tiefe der europäischen Einigung. Die Krise hat die Europäer deshalb auch viel enger, als das jemals der Fall war, zusammenrücken lassen. Dies gilt insbesondere für die deutsch-französische Zusammenarbeit, die sich in dieser Krise in besonderer Weise bewährt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dies gilt aber auch weit darüber hinaus.

Wir wollen die Wende zum Guten schaffen. Genau das ist die Chance, die in dieser Krise steckt. Der Europäische Rat in der letzten Woche hat deutlich gemacht, dass die Euro-Staaten und fast alle Nicht-Euro-Staaten an einem Strang ziehen, wenn es darum geht, die Chancen der Krise zu nutzen und die Grundlagen für eine bessere europäische Zukunft zu legen. (C)

Diese gemeinsame Entschlossenheit habe ich in meinen Gesprächen mit meinen Kollegen und Kolleginnen deutlich gespürt. Ich bin ganz sicher: Dieses neue Gemeinschaftsgefühl, diese gemeinschaftliche Verantwortung, wird uns weit über die Krise hinaus erhalten bleiben. Das heißt nichts anderes, als dass die Vision einer wirklichen politischen Union beginnt, Konturen anzunehmen.

Ich sage ausdrücklich: Zu einer politischen Union gehört mehr, als nur Stabilitätsmechanismen zu schaffen. Zu einer politischen Union gehört auch, gemeinsam Wachstum zu generieren, und zwar nachhaltiges Wachstum,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fangen Sie mal an!)

Wachstum, das sich nicht auf Pump gründet, Wachstum, das in die Zukunft gerichtet ist und das mit Wohlstand und mehr Arbeitsplätzen in Europa verbunden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb wird eine Verabredung, wie wir sie vor einem Jahr im Euro-Plus-Pakt getroffen haben, zusätzlich an Bedeutung gewinnen.

Aber ich sage auch: Auf uns alle wird die Aufgabe zukommen, unsere Gesetze enger miteinander abzustimmen, auch wenn das vertraglich noch nicht zwingend notwendig ist. Das ist sicherlich für jedes nationale Parlament ein Moment, in dem man umdenken und sich in die Situation des anderen hineinversetzen muss. Aber ich denke, wir sollten in allen Bereichen von den Besten lernen. (D)

Deshalb sage ich: Ja, es ist wahr; wir erleben eine der schwersten Krisen Europas. Aber wahr ist auch: Gemeinsam haben wir schon unendlich viel erreicht. Wir sind uns über die Ursachen der Krise einig. Wir sind uns einig, diese Ursachen bekämpfen zu müssen, um die Krise zu überwinden. Wir sind uns einig, den Weg hin zu einer Fiskalunion zu gehen. Dies wäre noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen. Die Chancen dieser Krise sind – das ist meine Überzeugung – um ein Vielfaches größer als ihre Risiken. Diese Chancen zu ergreifen, das ist *der* historische Auftrag unserer politischen Generation.

Der Weg zur Überwindung der Krise ist lang, er ist beschwerlich; aber am Ende dieses Weges werden eine nachhaltig gestärkte Euro-Zone und eine nachhaltig gestärkte Europäische Union stehen. Das ist das Ziel. Es ist die beste Voraussetzung für eine gute Zukunft, eine gute Zukunft Europas und eine gute Zukunft Deutschlands. Die Bundesregierung arbeitet dafür. Ich lade Sie alle in diesem Parlament ein, daran mitzuwirken.

Herzlichen Dank.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) (Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Lindner will ja nicht mehr!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich **Ulrich Schneider** als neuen Kollegen in der Mitte des Bundestages begrüßen, der als Nachfolger des ausgeschiedenen Kollegen Till Seiler von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen heute erstmals an der Plenarsitzung teilnimmt. Alle guten Wünsche!

(Beifall)

Das Wort hat nun der Kollege Frank-Walter Steinmeier für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Bundeskanzlerin, das war in der Tat ein bemerkenswerter Auftritt. Wenn ich die Nachrichten von heute Morgen richtig bewerte, dann ist Ihre Regierung im Augenblick dabei, Ihnen um die Ohren zu fliegen. Aber Sie verlieren in der Regierungserklärung kein einziges Wort darüber. Das ist erstaunlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Europa ist das zentrale Thema. Aber wir können nicht so tun, als habe die Existenzkrise der FDP nichts mit Europa zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Der Rücktritt von Herrn Lindner ist doch nur ein Symptom. Die FDP hat sich mit ihrem Mitgliederentscheid in eine Sackgasse manövriert. Sie ist unfähig, die Entscheidungen mitzutragen, die jetzt in unserem Land und in Europa notwendig sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Bundeskanzlerin, wir streiten nicht im Ernst darüber, ob Europa Stabilität braucht; die braucht Europa mehr denn je. Auch heute streiten wir darüber, ob Ihre Vorschläge und die Beschlüsse des europäischen Gipfels vom vergangenen Wochenende wirklich den Weg zu der Stabilität bereiten, die wir brauchen. Ich sage ausdrücklich: Das glaube ich nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Wundermittel, mit dem Sie die Krise bekämpfen wollten, hieß von Anfang an Vertragsänderung. Lasst uns die Verträge ändern, der Rest wird sich dann schon irgendwie finden – das war die These, mit der Sie landauf, landab durch Europa getourt sind. Sie haben sich entgegen aller Gipfelpropaganda mit dieser Auffassung nicht durchgesetzt. Die von Ihnen geforderte Änderung der Verträge der EU 27 hat allen Heldensagen zum Trotz nicht stattgefunden.

(C) Nun sagen Sie – wir haben es eben gehört –: Das mit den 27 hat zwar nicht stattgefunden, aber das ist kein Beinbruch, wir schließen einfach zu 24, 25 oder 26 einen neuen Vertrag, und zwar außerhalb der bestehenden Verträge. Das klingt zunächst harmlos, ist es aber nicht. Damit mag man diejenigen beruhigen, die vom europäischen Recht wenig verstehen, aber viel zu viele hier im Saal wissen ganz genau: Damit begeben wir uns in Europa auf einen politisch und rechtlich völlig unkalkulierbaren Weg. Ich unterstelle, dass es Ihre Absicht war, den Märkten Sicherheit geben zu wollen. Jedoch hat der europäische Gipfel aus meiner Sicht genau das Gegenteil bewirkt. Das rechtliche Gezerre ist schon jetzt, drei Tage nach dem Gipfel, in vollem Gange.

Gestern rückte der tschechische Ministerpräsident – wenn ich das richtig gelesen habe – stückweise von der Gipfelerklärung ab. Ungarn macht erkennbar Schwierigkeiten, das können wir jeden Tag in den Zeitungen lesen. Dänemark und Finnland steuern auf eine Regierungskrise zu. Was wir wirklich ernst nehmen müssen, auch die Regierung: Herr Barroso und die EU-Kommission, die wir in der Vergangenheit immer als Hüterin der Verträge bezeichnet haben, lassen durchblicken: Egal was in dem sogenannten Fiskalpaket stehen mag: Alle automatischen Sanktionen – die ich darin nicht so recht finde – sind im Ernstfall ein Muster ohne Wert. Wenn sich auch nur ein einziger Staat auf den Vorrang des Europarechts, also auf den Lissabon-Vertrag, beruft, dann gilt der Vorrang des Lissabon-Vertrages. Das ist die Auffassung der Kommission – das steht seit gestern in den Zeitungen, Frau Merkel, das wissen auch Sie –, und deshalb kann ich nicht erkennen, dass das, was auf dem Gipfel stattgefunden hat, der Durchbruch ist. Wenn es einer sein soll, dann müssen wir uns fragen: Durchbruch wohin? (D)

Das Fiskalpaket ist bei genauerem Hinsehen – ich habe versucht, das deutlich zu machen – ein Scheinriese. Von weitem sieht es bedeutsam aus, beim Näherkommen erkennt man jedoch auf Anhieb: Es ist in Wirklichkeit ein Zwerg. Deshalb hat die Nachgipfeleuphorie nicht einmal drei Tage angehalten. Schon am Montag waren die Märkte wieder im tiefroten Bereich. Mich hat das an den alten Satz von Wiktor Tschernomyrdin erinnert, der lautete: „Wir wollten es besser machen, aber es ist geworden wie immer.“

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was entscheidender ist: Ich glaube, in dieser Stunde rächt sich der Strandspaziergang von Deauville.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja!)

Im September 2010, also vor einem Jahr, hat der Kommissionspräsident Vorschläge vorgelegt,

(Otto Fricke [FDP]: Mal was Neues!)

die Sie nach dem gemeinsamen Strandspaziergang mit Herrn Sarkozy abgelehnt haben. Das war ein schwerer Fehler. Die Folgen liegen jetzt auf der Hand. Wir müssen doch klar sehen: Wir hatten eine Schuldenkrise, die niemand hier im Hause bestreitet. Nach dem Gipfel ist jetzt

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) eine veritable Verfassungskrise hinzugekommen. Mit Verlaub, das ist aus meiner Sicht kein Durchbruch für mehr Stabilität in Europa. Das ist es wirklich nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aus meiner Sicht haben wir ein Stück mehr Rechtsunsicherheit und – was wir gar nicht gebrauchen können – weitere verkomplizierte Strukturen innerhalb der EU, Strukturen, die wir auch Menschen außerhalb der Europäischen Union erklären müssen. Wir müssen erklären, dass wir nicht nur die EU 27 und nicht nur die EU 17 haben, sondern etwas, das wir vielleicht – je nachdem, wer dabei bleibt – EU 26 minus x nennen können.

Wer außerhalb Europas soll das verstehen? Nach dem Gipfel habe ich mir die entscheidende Frage gestellt: Rechtfertigt dieses Ergebnis eigentlich die faktische Abspaltung Großbritanniens, die jetzt stattgefunden hat? Auch ich habe die Berichterstattung gesehen. Sie ist ein wenig von oberflächlicher Schadenfreude geprägt. Jeder kann sie verstehen, der sich in der Vergangenheit in Europäischen Räten über unsere britischen Freunde geärgert hat; aber ich bin mir sicher, dass wir das in ein paar Monaten neu bewerten werden. Dann werden wir genau sehen: Für Schadenfreude darüber, dass wir die Briten nicht mehr an Bord haben, besteht eigentlich gar kein Anlass; denn der Entfremdungsprozess zwischen Kontinentaleuropa und Großbritannien wird nicht aufzuhalten sein. Am Ende, meine Damen und Herren, wird Schaden bleiben – Freude überhaupt nicht.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unklarheit herrscht nach diesem Gipfel – auch das muss gesagt werden – weiterhin über die Rolle der Europäischen Zentralbank. Dazu muss man die unterschiedliche Presse aus unterschiedlichen Ländern lesen. Wir haben hier eine Presse zur Kenntnis genommen, in der Frau Merkel als diejenige bezeichnet wird, die die europäische Willensbildung geprägt hat. Schauen Sie einmal in die französische Presse derselben Tage, dann haben Sie ein völlig anderes Bild. Am Montag gab – vielleicht haben Sie das gesehen – Präsident Sarkozy in *Le Monde* seine Version des Gipfels zum Besten, und die ist eben eine ganze andere als die, wie wir sie eben hier gehört haben.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist wie bei euch!)

Da feiert sich Sarkozy als der große Sieger dieses europäischen Gipfels. Und wie begründet er das? Er sagt: Wir haben uns durchgesetzt. Warum? Weil in Zukunft die Europäische Zentralbank vorübergehend die operative Führung der EFSF und vor allen Dingen dann des ESM übernehmen wird.

(Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin: Das habe ich doch gesagt!)

Das wird in Frankreich als der große Durchbruch gefeiert, weil die Deutschen, Frau Merkel, endlich hätten eingestehen müssen, dass die Beschränkung der EZB auf

- Fragen der Geldpolitik historisch überholt sei. Das ist die Begründung, die wir in Frankreich dazu hören. (C)

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Mann oh Mann, reden Sie einen Quatsch! – Gegenruf der Abg. Bettina Hagedorn [SPD]: Das war ein Zitat!)

Deshalb frage ich: Was gilt denn nun? Gilt die Version, die wir hier hören, oder die französische Variante? Es kann doch, Herr Kauder, im Ernst betrachtet, nicht beides gleichzeitig richtig sein.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ich glaube, der Gabriel muss es doch selber machen!)

Wenn die deutsch-französische Freundschaft so eng ist, Frau Merkel, wie Sie es eben gesagt haben, dann sollten Sie, glaube ich, noch einmal einen Strandspaziergang machen, um die gemeinsame Interpretation der Gipfelergebnisse sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Dass die französische Version der Gipfelergebnisse, die ich eben vorgetragen habe, stimmt, würde – jedenfalls für mich – ins Bild passen; denn mit der Unabhängigkeit der Zentralbank bzw. der Notenbanken wird immer gerade so gespielt, wie es passt. Bei Tage werden – auch hier in diesem Hohen Hause – Lippenbekenntnisse zur Unabhängigkeit der Zentralbank abgegeben, während bei Nacht heimlich Kerzen angezündet werden, dass die EZB für die Politik weiterhin die Kastanien aus dem Feuer holt. Das ist die Einigkeit, die hier beschworen wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (D)

Es mag gute Gründe dafür geben, dass die Europäische Zentralbank bei den Rettungsbemühungen, die weiter anhalten werden, in Zukunft sogar noch eine wichtigere Rolle als in der Vergangenheit spielen wird. Wenn das aber so ist, Frau Bundeskanzlerin, wenn die Europäische Zentralbank in Zukunft entgegen vieler Kritik, die gerade aus den Reihen der Regierungsfractionen kommt, eine sehr viel aktivere Rolle spielen soll, dann sagen Sie das bitte Ihrem Koalitionspartner, der FDP, und sagen Sie es in diesem Hohen Hause. So viel Transparenz, so viel Offenheit muss sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch in dieser Regierungserklärung haben wir wieder diese Art von verdruckstem Umgang mit dem Thema „Unabhängigkeit der Zentralbank“ festgestellt. Ich glaube, das hat in der Tat nur einen einzigen Grund: Angst um die eigene Mehrheit, Angst vor Abweichlern in den eigenen Reihen und Angst vor Röslers Resisterampe FDP. Diese Angst ist doch, meine Damen und Herren, in Wahrheit auch das treibende Motiv hinter der gewagten Konstruktion, über den IWF eine Erhöhung des Kreditrahmens herbeizuführen. Das ist wieder Trickkiste. Statt die Mittel für die EFSF oder den ESM aufzustocken – meine Fraktion war dazu immer bereit; wir haben immer gesagt: Die bisherigen Rettungsschirme sind

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) für die Aufgaben, die wir dem Rettungsschirm zuordnen, zu klein –,

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Ihr habt euch immer kraftvoll enthalten!)

statt hier, in diesem Hohen Hause, eine politische Entscheidung herbeizuführen, flüchten Sie sich erneut in teure und komplizierte Umgehungsstrukturen. Da war zunächst der Hebel, den Sie alle hier mit Abscheu und Empörung abgelehnt haben – Sie haben regelrecht dagegen gehetzt –, doch drei Wochen später haben Sie ihn mit großer Selbstverständlichkeit begrüßt.

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Er funktioniert nicht!)

Und jetzt wieder etwas Neues: Wieder keine Entscheidung im Parlament, aber deutsches Steuergeld geht jetzt über die Bundesbank an den IWF und fließt von da aus wieder nach Europa zurück.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das nennt man Geldwäsche!)

Diese Konstruktion hat offensichtlich nur einen einzigen Zweck: diesen Bundestag zu umgehen, und das geht eben nicht – ganz einfach.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) Mit dieser Meinung sind wir in der Opposition nicht ganz alleine. Auch der Bundesbankvorstand fühlt sich offensichtlich missbraucht. Wie wir hören, haben Herr Weidmann und sein Vorstandskollege Dombret einen Brief an den Bundesfinanzminister geschrieben, in dem sie geradezu darum flehen, die Aufstockung der IWF-Mittel hier im Deutschen Bundestag beschließen zu lassen. Sie sagen: Es ist doch kein Routinevorgang, wenn wir 45 Milliarden Euro nach Washington herüberreichen und die bestehende Kreditlinie auf diese Art und Weise vervierfachen. Herr Kauder und Herr Brüderle, deshalb sage ich: Lassen Sie uns wenigstens die Sorgen und Befürchtungen der Bundesbank ernst nehmen. Lassen Sie uns gemeinsam nach Wegen suchen, um diesen vielleicht wichtigen Schritt hier im Deutschen Bundestag zu diskutieren und zu beschließen. Ich jedenfalls halte das für einen Akt der Selbstachtung dieses Parlaments.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn man einen Blick auf die Gipfelbeschlüsse wirft, dann fällt einem auf, dass häufig von Defizitabbau und Stabilität die Rede ist. Das ist alles erforderlich. Das sind Ziele, die wir teilen. In diesem Papier findet man aber kein einziges Wort zu der Frage, wie in Europa neues Wachstum entstehen soll.

(Beifall bei der SPD)

Wir spielen gar nicht auf der alten keynesianischen Leier, sondern das ist mittlerweile europaweit landauf, landab eine ökonomische Binsenweisheit: Ohne Wachstum wird Europa aus dieser Krise nicht herauskommen.

(C) Deshalb: Sparen ist notwendig, kann aber nicht die einzige Antwort sein. Nur, Antworten sind in diesem Gipfelpapier nicht zu finden. Das ist schlecht. Das ist kein Weg aus der Krise.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Noch etwas steht damit in engem Zusammenhang: Wenn in 18 Mitgliedstaaten die Jugendarbeitslosigkeit über 20 Prozent beträgt, in 10 Mitgliedstaaten über 25 Prozent,

(Otto Fricke [FDP]: In Deutschland?)

in 5 Mitgliedstaaten über 30 Prozent, sie in Süditalien sogar bei über 50 Prozent liegt, dann darf man das auf einem solchen Gipfel nicht übergehen.

(Otto Fricke [FDP]: In Deutschland?)

– Wollen Sie Hilfen für Deutschland fordern, oder was bedeutet der Zwischenruf?

(Otto Fricke [FDP]: Sagen Sie es einmal bezogen auf Deutschland! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er meint die FDP!)

Wenn das die Realität in Teilen Europas ist, dann darf ein europäischer Gipfel diesen Umstand nicht einfach schweigend übergehen. Diese jungen Menschen haben ein Recht auf Zukunft. Es geht um unsere Zukunft!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(D) Ein letztes Wort zum Stichwort „Gläubigerbeteiligung“. Still und heimlich wurde – auch das zeigt ein Blick in die Gipfelpapiere – die Gläubigerbeteiligung auf dem Gipfel beerdigt. Ich sage ausdrücklich: Auch dafür mag es gute Gründe geben. Aber es kann doch nicht sein, dass das Ergebnis dieser Einsicht ist, dass jetzt alles wieder so ist, wie es vormals war, dass die ganzen Kosten der Krise einfach dem normalen Steuerzahler zur Last gelegt werden. Wenn man die Gläubigerbeteiligung streicht, dann ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, dass man auf der anderen Seite endlich Ernst macht und die Besteuerung der Finanzmärkte einführt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP])

– Die Euro-Bonds waren Ihre Erfindung. Die haben Sie jetzt massenhaft in der EZB liegen. An Ihrer Stelle würde ich bei dem Thema ein bisschen ruhiger sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit Blick auf die Ergebnisse der zurückliegenden Gipfel, aber auch mit Blick auf das, was vor uns liegt, sage ich abschließend noch ein Wort zu einem Punkt, der mir am Herzen liegt: Ich persönlich glaube, dass wir keinen Ausweg aus dieser Krise finden werden, wenn wir nicht auch bereit sind, eine Lösung für den Umgang mit den Altschulden der am höchsten verschuldeten Länder

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) zu finden. Es gibt ein Beispiel in unserer eigenen Geschichte. Die Wirtschaftsweisen im Sachverständigenrat haben dazu Vorschläge gemacht. Ich habe nicht verstanden, Frau Bundeskanzlerin, warum diese Vorschläge, die ich nicht nur für nützlich, sondern auch für notwendig halte, gleich in der Regierungsschublade versteckt worden sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Von diesem Punkt wird vieles abhängen. Deshalb kann ich nur empfehlen, dass wir dieses Thema im nächsten Quartal im neuen Jahr angehen und auch zu einem Thema in den Europäischen Räten machen. Ich glaube, wir sind mit diesem Gipfel, der hinter uns liegt, nicht über den Berg, sondern es liegt noch viel Arbeit vor uns.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Besuchertribüne haben **Mitglieder des Europaausschusses der französischen Assemblée nationale** Platz genommen, die wir aus Anlass unserer heutigen Debatte besonders gerne im Deutschen Bundestag begrüßen.

(Beifall)

- (B) Bonjour, chers collègues, et bienvenue à Berlin.

(Zurufe: Oh!)

Nun hat der Kollege Rainer Brüderle das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Brüderle freut sich! Ein schöner Tag für ihn ohne Lindner! – Zuruf von der SPD: Helau!)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der europäische Gipfel vom letzten Freitag hat gute Ergebnisse gebracht.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Spricht der Parteivorsitzende!)

Ich habe noch die Worte der Opposition im Ohr. Unserer Bundeskanzlerin wurde permanent vorgeworfen, sie würde Deutschland isolieren. Seit Freitag wissen wir: Die Opposition hat wieder einmal völlig danebengelegt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ein anderes Mitgliedsland hat sich isoliert.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Von welcher Sektion sprechen Sie?)

Frankreich und Deutschland haben diesen Gipfel zum Erfolg geführt.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie ist der Mitgliederentscheid ausgefallen?)

(C)

Unter der christlich-liberalen Koalition ist die Zusammenarbeit mit Frankreich eine Belle Alliance, eine gute Verbindung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unter Rot-Grün war es oft eine Mesalliance,

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

etwa bei der Aufweichung des Stabilitätspaktes oder der Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone. Im Vorfeld des Gipfels war von einer 17-plus-Lösung die Rede, also die 17 Euro-Staaten plus einige Nicht-Euro-Staaten. Herausgekommen ist „27 minus 1“.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, 21 500!)

Da hat einer mit der Handtasche von Maggie Thatcher kräftig geschwenkt.

Momentan haben wir in Europa zwei Geschwindigkeiten. Ich war immer der Meinung, wenn einige Staaten bei der Integration vorangehen wollen, sollten sie das tun. Das hat beim Schengener Abkommen relativ gut geklappt. Ich sage auch: Nachzügler sind willkommen, aber bei europapolitischen Trittbrettfahrern muss man sich etwas überlegen.

(D)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt hauen Sie doch nicht das letzte europäische Porzellan kaputt! Machen Sie lieber im eigenen Laden Ordnung!)

Eines kann nicht sein: Es kann nicht sein, dass einige Europäer mit viel Mühe etwas aufbauen und andere dann, wenn der Aufbau erfolgreich durchgeführt wurde, freien Eintritt oder Rabatt haben wollen. Das kann in Zukunft so nicht weitergehen. Ein Europa der Trittbrettfahrer und Rabattjäger ist nicht zukunftsfähig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Ihnen ist Europa auch verloren, nicht nur die FDP!)

Jetzt wird der Stabilitätspakt II vorbereitet. Manche Kommentatoren sehen das als zweite Geburtsstunde des Euro. Es ist die Geburtsstunde der politischen Stabilitätsunion. Wir nehmen den Umweg über völkerrechtliche Verträge. Das ist nicht unbedingt die eleganteste Lösung. Es wird gesetzestechnisch nicht einfach, aber es ist machbar.

(Zuruf des Abg. Thomas Oppermann [SPD])

Es ist nicht unbedingt etwas für europapolitische Feinschmecker. Aber in der Politik gilt: Lieber mit Hausmannskost an das Ziel kommen als in Schönheit untergehen.

(Beifall des Abg. Jörg van Essen [FDP])

Rainer Brüderle

- (A) Oder – für Sie einfach formuliert –: Lieber Brot und Butter als eine Gänseleber-Fata-Morgana.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Stabilitätsunion bzw. der Stabilitätspakt II nimmt konkrete Formen an. Die nationalen Haushalte werden künftig streng überwacht. Das sind quasi automatische Sanktionen. Dafür hat die Koalition immer gekämpft. Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone haben das beschlossen. Herr Steinmeier kritisiert das. Das ist unglaublich. Wenn es in Brüssel zum Schwur kommt, sind es die Genossen, die weichen. Es waren Ihre Genossen in Brüssel, die die Sixpack-Lösung abgelehnt haben.

(Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Ja! Das war ihnen nicht scharf genug!)

Wenn es konkret wird, sind Sie in der Furche und nicht dabei, die Dinge umzusetzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Eine Währung ist Ausdruck dessen, was ein Volk war, ist und sein will. Die D-Mark war Symbol für Wiederaufstieg und Stabilität. Der Euro ist Symbol für Frieden, Wohlstand und ein Europa des Zusammenwachsens. Europa will und wird seinen Platz in einer neuen Weltordnung finden. Es muss Subjekt bleiben und darf nicht Objekt werden. Dazu muss sich Europa noch stärker zusammenfinden.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach! Das sind doch alles nur Phrasen!)

- (B) Der Binnenmarkt war ein solches Projekt. Eine wirkliche Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik kann ein weiteres solches Projekt sein. Die Nationalstaaten werden an einigen Stellen Souveränität abgeben müssen. Sie werden an anderen Stellen Souveränität zurückholen können. Man kann allerdings die berechnete Frage stellen, ob die Regionalpolitik oder die Agrarpolitik in der Subsidiarität nicht besser aufgehoben sind als im europäischen Zentralismus.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihnen acht Minuten zu folgen, ist ganz schön lang!)

Meine Damen und Herren, wir mussten in Brüssel einiges akzeptieren, das unseren Vorstellungen nicht voll entsprochen hat. Politik ist Kompromiss, die Kunst des Möglichen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Ihnen ist Politik Blockade!)

Das gilt auch im Hinblick auf ein geordnetes Insolvenzverfahren.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Für Parteien, oder was?)

– Frau Regierende Bürgermeisterin, hören Sie mir einmal einen Moment zu;

(Heiterkeit bei der FDP)

das wäre vielleicht auch für Sie ganz gut.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich höre die ganze Zeit zu! Wollen Sie nun ein Insolvenzverfahren für Parteien?)

(C)

Was ein geordnetes Insolvenzverfahren betrifft, sind wir nicht weiter vorangekommen. Aber die Collective Action Clauses bleiben erhalten. Sie müssen auch die Basis sein, wenn es darum geht, zukünftig private Beteiligungen zu ermöglichen. Die Erhöhung der Zahlung an den IWF ist eine akzeptable Lösung. Der IWF ist viel breiter angelegt, es sind andere Länder dabei, und er hat eine andere Expertise, die mit eingebracht wird.

Man muss eines klar auseinanderhalten, Herr Steinmeier: Entweder ist die Bundesbank unabhängig – dann kann sie in ihren Entscheidungen nicht von Beschlüssen des Deutschen Bundestages abhängig sein –,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Ja, eben! Eben, Herr Brüderle!)

oder sie ist es nicht.

(Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Ganz genau! Entscheiden Sie sich mal!)

Es gibt keine Teilunabhängigkeit. Entweder ist sie unabhängig oder abhängig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das müssen Sie auseinanderhalten. Das können Sie nicht machen, wie Sie wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie haben immer noch das alte und falsche Helmut-Schmidt-Theorem im Kopf: Lieber 5 Prozent Inflation als 5 Prozent Arbeitslosigkeit.

(D)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 5 Prozent muss man erst mal haben, Herr Brüderle! 3 Prozent haben Sie! Sie haben ja nicht mal 5 Prozent!)

Am Schluss hatte er beides. Die Notenbank muss unabhängig bleiben und ihre eigenen Entscheidungen treffen, statt vom Parlament quasi untergepflegt zu werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie können nicht beides haben, wie es Ihnen gerade passt. Sie müssen eine klare Haltung einnehmen. In der Ordnungspolitik muss man Prinzipien haben und kann sich nicht immer aussuchen, was man gerade will.

Der ESM kommt früher; das ist gut so. Für mich ist das eine Art europäischer Währungsfonds, ein Instrument der Marktwirtschaft und der Wettbewerbsfähigkeit.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich denke, Ihre Mitglieder sind dagegen! Stimmen die nicht gerade darüber ab, ob sie dagegen sind? Wie ist denn das Ergebnis, Herr Brüderle?)

Dies ist der richtige Weg.

(Thomas Oppermann [SPD]: Wie ist denn das Ergebnis Ihrer Mitgliederbefragung?)

Rainer Brüderle

- (A) Jetzt ist er Feuerwehr, später wird er Brandschutzberater sein.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist die FDP dafür oder dagegen?)

Erreicht wurde – das ist das Verdienst der Kanzlerin und der Koalition, die sie trägt –: Es kommen keine Euro-Bonds. Die Banklizenz für den Rettungsfonds kommt nicht. Dafür kommen nationale Schuldenbremsen; das ist richtig. Trittin will die Banklizenz und für den Rettungsschirm Geld drucken. Gabriel will Euro-Bonds. Steinbrück will die Notenpresse aktiv einsetzen. Das ist der falsche Ansatz. Das ist wieder Ihre Lex Helmut Schmidt: Geld drucken!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Wir haben die Arbeitslosenquote in Deutschland halbiert.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum schreien Sie eigentlich so?)

Ihr Kanzler Schröder wollte die Marke von 3 Millionen Arbeitslosen erreichen. Er hat uns 5 Millionen hinterlassen. Wir haben die Zahl der Arbeitslosen durch unsere Politik halbiert.

(Thomas Oppermann [SPD]: Was? Ihr?)

Das war der richtige Ansatz. Die Welt beneidet Deutschland um die richtige Politik, nicht um Ihre Irrtümer.

- (B) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was Sie wollen, haben genau die Länder betrieben, die den Karren an die Wand gefahren haben. Glauben Sie, dass deren Rezepte, die für deren Fehlentwicklung ursächlich sind, besser werden, wenn Sie sie übernehmen?

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Ihnen muss es ganz schön schwer sein, dass Sie sich derart Mut zusprechen!)

Sie sollten in Ihrer Politik die Lernfähigkeit

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der FDP?)

nicht völlig ausschließen und einfach die Realitäten zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deshalb ist es wichtig, dass wir verhindern, dass eine rot-grüne Inflationsunion Realität wird. Sie reden von „sozial“ und schaffen die Voraussetzungen für Geldentwertung, die die Leute mit einem kleinen Einkommen – das sind die mit einem Sparbuch und einem Girokonto – treffen wird. Diese würden durch Ihr Beenden der Stabilitätspolitik zu Opfern. Wir stellen uns davor und wollen, dass auch die Kleinen ihr hart erarbeitetes Einkommen und Vermögen behalten können.

(Thomas Oppermann [SPD]: Ich lache mich tot! Sie sind für die kleinen Leute?)

Sie wollen die Steuereinnahmen um 40 Milliarden Euro bzw. um 30 Milliarden Euro erhöhen. Ihre Politik ist: Stabilität aufgeben, Geld drucken, Steuern erhöhen. Das ist ein Rezessionsprogramm und führt uns nicht nach vorne – weder Deutschland noch Europa –,

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

sondern an die Wand. Deshalb ist es so wichtig, dass wir gerade jetzt eine bürgerliche Regierung haben, die Adam Riese nicht vergessen hat, und keine neosozialistische Traumtänzerie betreiben, die Deutschland wieder auf einen Irrweg bringt. Deshalb ist unsere Politik richtig.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zurufe von der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Alternative für Deutschland und für Europa ist völlig klar: Rot-Grün bedeutet höhere Steuern, eine Vollkaskoversicherung für Schuldensünder und Geldentwertung. Die christlich-liberale Politik bedeutet Stabilität, Wachstum und Arbeitsplätze. Genau das werden wir weiterhin machen, weil es richtig ist.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das eigentlich Ihre Bewerbungsrede, oder was ist los? Da muss man ja Angst haben!)

– Sie können hier schreien, solange Sie wollen, Frau Regierender Bürgermeister. Das hilft alles nichts. Wir werden unsere Politik der Erfolge fortsetzen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Thomas Oppermann [SPD]: War das eine Bewerbungsrede?)

(D)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundestagspräsident, ich habe mit Erstaunen und Wohlwollen festgestellt, dass Sie die französischen Gäste auf Französisch begrüßt haben. Ich bin sehr gespannt, wie Sie das beim nächsten Mal bei chinesischen Gästen machen. Wir werden das abwarten.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Herr Brüderle, eines muss ich Ihnen sagen, wenn ich darf:

(Otto Fricke [FDP]: Nur eines?)

Man kann der SPD und den Grünen ja viel unterstellen, aber ihnen neosozialistische Traumtänzerieen zu unterstellen, ist wirklich in jeder Hinsicht abwegig.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Dafür sind Sie zuständig!)

Dr. Gregor Gysi

- (A) Frau Bundeskanzlerin, ich darf darauf hinweisen: Sie haben erklärt, dass man die Konstruktionsfehler bei der Währungsunion endlich beheben muss. Eigentlich hätten Sie aber sagen müssen, dass die Linke das alles damals schon vorhergesagt hat, Sie aber fälschlicherweise Herrn Kohl und nicht uns zugestimmt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Kommen wir aber zu einem anderen Thema. Wir haben Ihren EU-Gipfel erlebt, und ich stelle eine ungeheure Veränderung im Tempo fest. Früher dauerte es Monate, bis ein EU-Gipfel Makulatur wurde, dann Wochen und heute nur noch wenige Tage. Ich werde versuchen, Ihnen das zu belegen.

Sie wollen zusammen mit Sarkozy allein entscheiden, was in Europa passiert. Sarkozy möchte außerdem, dass die Deutschen die Schulden der französischen Banken mitbezahlen, um es einfach einmal offen zu sagen. Er versucht hier immer, ein Konstrukt dafür zu finden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Bisher wehren Sie sich einigermaßen.

Ihnen geht es um das Vertrauen der Finanzmärkte. Dabei muss diese Art von Finanzmärkten endlich einmal bekämpft werden. Wir müssen nicht um deren Vertrauen ringen, sondern wir müssen sagen: Das Ende der Fahnenstange ist erreicht.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Abgesehen davon schaffen Sie es ja auch gar nicht, Vertrauen herzustellen. Um das zu beurteilen, genügt ein Blick auf die Börsen. Sie beweisen das Gegenteil!

Nun haben Sie die Idee bzw. den Trick entwickelt – hier hat Herr Steinmeier recht –, dass der Internationale Währungsfonds zusätzlich Kredite geben soll, weil der Rettungsschirm natürlich nicht ausreicht. Das haben wir Ihnen übrigens schon vorher gesagt. Weil Sie das aber nicht zugeben wollen, gehen Sie nun einen anderen Weg und sagen: Dann stocken wir ihn nicht auf, sondern wir machen das über den Internationalen Währungsfonds. Da sind aber auch die USA beteiligt, und das Erste, was Präsident Obama gesagt hat, war: Dafür kriegt der IWF von den USA nicht einen einzigen Dollar.

Nun sagen Sie, Sie wollen trotzdem diesen Weg gehen. Dabei geht es um einen Betrag von 200 Milliarden Euro für die betroffenen Länder. Das ist deshalb interessant, weil die Euro-Zone davon 150 Milliarden Euro bereitstellen soll und die Bundesbank davon wiederum einen Anteil von 45 Milliarden Euro.

Herr Brüderle, was Sie hier zur Unabhängigkeit der Bundesbank gesagt haben, ist wirklich ein starkes Stück. Dieser Bundestag hat mehrfach beschlossen, dass wir maximal für einen Betrag von 211 Milliarden Euro haften. Nun wollen Sie weitere 45 Milliarden hinzufügen. Da sagt der Chef der Bundesbank doch völlig zu Recht: Zuerst muss der Bundestag beschließen, ob eine Haftung in größerem Umfang übernommen wird. Das ist doch wohl das Minimum.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

Das lehnen Sie ab. Sie lehnen das aber nur deshalb ab, weil Sie nicht glauben, das in Ihren Fraktionen, vor allen Dingen in der FDP, durchzubekommen. Aber wir können doch hier nicht bloß wegen des Zustandes der FDP herumkleistern. Ich bitte Sie! Hier sind die Grenzen überschritten.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich müssen wir hier darüber einen Beschluss fassen.

Dann wollen Sie neben dem vorübergehenden Rettungsschirm auch einen dauerhaften schaffen. Nun hat der Gipfel beschlossen, dessen Einrichtung vorzuziehen. Mit anderen Worten, Frau Bundeskanzlerin, Sie haben sich wieder einmal verrechnet. Das heißt, Sie haben den dauerhaften Schirm für einen bestimmten Zeitpunkt angesetzt und stellen jetzt fest: Es ist zu spät; Sie müssen das Ganze vorziehen. – Okay. Man kann sich ja korrigieren.

Das bedeutet aber, dass wir zusätzlich 4,3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen müssen, und zwar im Jahre 2012. Diese stehen aber im Bundeshaushalt nicht drin. Daraufhin haben Sie zunächst gesagt, Sie wollten sie eigentlich gar nicht drin haben. Jetzt sagt Herr Schäuble, doch, Mitte des Jahres 2012 will er die zusätzlichen 4,3 Milliarden Euro in einen Nachtragshaushalt aufnehmen. Ich verstehe das nicht. Wenn wir es jetzt schon wissen, könnten Sie doch eigentlich gleich beantragen, einen Nachtragshaushalt zu beschließen.

(D)

(Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel: Aber handeln!)

– Natürlich können wir noch warten, Frau Merkel, bis der Vertrag unterschrieben ist. Aber eines darf ich auch sagen: Sie müssen sich beeilen. Sie wissen doch gar nicht, wie viele Tage die Koalition noch hält.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie den Nachtragshaushalt durchkriegen wollen, sollten Sie das nicht bis zur Mitte des nächsten Jahres verschieben.

(Zuruf von der FDP: Da machen Sie sich mal keine Sorgen!)

– Wissen Sie, ich mache mir ja nicht Sorgen um die FDP. Aber ich finde, Sie sollten anfangen, sich Sorgen um die FDP zu machen.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Das war jetzt rhetorisch ein echtes Feuerwerk!)

Sie meinten, Frau Merkel, als große Siegerin aus Brüssel zurückzukommen, Sie hätten sich für die Stabilitätsunion entschieden und so viel dabei gewonnen. Die Kommission soll ja nun berechtigt sein, unter bestimmten Bedingungen in das Budget, in den Haushalt der Länder einzugreifen. Da hat doch der Bundestagspräsi-

Dr. Gregor Gysi

- (A) dent recht: Das Grundgesetz regelt eine Hoheit des Bundestages für den Haushalt.

(Zuruf von der LINKEN: So ist es!)

Es sieht überhaupt nicht vor, dass eine europäische Behörde in den Haushalt der Bundesrepublik Deutschland eingreift. Wenn Sie das beschließen, ist das ganz klar grundgesetzwidrig.

(Beifall bei der LINKEN)

Das hat auch keinen Bestand vor dem Bundesverfassungsgericht. Darüber müssen wir doch wenigstens einmal ausführlich diskutieren. Ich verstehe das nicht.

Dann gibt es einen zweiten Gesichtspunkt. Sie haben ja automatische Sanktionen vereinbart. Dazu muss ich einmal sagen, Frau Bundeskanzlerin: Es gibt keine automatischen Sanktionen. Vielmehr müssen immer noch Menschen entscheiden, wann sie eingesetzt werden. Sie wollten damit ja auch bloß sagen, dass die Länder dagegen kein Beschwerderecht etc. haben. Es wird über Sanktionen entschieden, wenn eine bestimmte Haushaltsdisziplin verletzt wurde.

Weiter sagen Sie, ganz Europa muss die Schuldenbremse übernehmen, die wir in Deutschland schon eingeführt haben. Darf ich wieder einmal versuchen, den Konstruktions- und Denkfehler der Schuldenbremse zu erklären? Es gibt einen Unterschied zwischen dem Bundeshaushalt und dem privaten Haushalt. Im privaten Haushalt herrscht die Regel: Wenn ich mehr Geld habe, gebe ich mehr aus, und wenn ich weniger Geld habe, gebe ich weniger Geld aus.

(B)

Wenn man den Bundeshaushalt verantwortet, muss man ganz anders entscheiden. Wenn man gute Steuereinnahmen hat, kann man Schulden abbauen und sparen, und wenn man schlechte Steuereinnahmen hat, muss man zusätzlich investieren, damit die Wirtschaft wieder ankurbelt wird.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das heißt Schulden machen! Mannomann!)

Genau das verbietet Ihre Schuldenbremse. Deshalb ist das ganze Konstrukt, gemeinsam gefunden von Union und SPD, falsch. Das jetzt auch noch ganz Europa aufzustülpen, ist sozusagen eine Multiplizierung dieses Fehlers.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber jetzt kommt etwas anderes. Das muss ich Ihnen einmal als Jurist sagen: Beide Regelungen widersprechen natürlich ganz klar dem Vertrag von Lissabon. Da Großbritannien nicht mitspielt, können Sie den Vertrag nicht ändern. Nun gehen Sie folgenden Weg und sagen: Wir machen einfach einen eigenen, neuen Vertrag – das ist so ein typischer Trick –, und es fällt wahrscheinlich gar keinem auf, dass dieser neue Vertrag dem Vertrag von Lissabon widerspricht.

Ich sage Ihnen klipp und klar: Wenn man einen völkerrechtlichen Vertrag schließt, der einen bestehenden völkerrechtlichen Vertrag verletzt oder ihm widerspricht, dann ist der neue Vertrag völkerrechtswidrig. Da wir

nach dem Grundgesetz an das wirksame, geltende Völkerrecht gebunden sind, kann Ihr Vorgehen niemals vom Bundesverfassungsgericht bestätigt werden. Dieser Trick wird nicht funktionieren. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich muss Ihnen sagen, Frau Bundeskanzlerin: Warum fragen Sie mich eigentlich nicht vorher? Dann könnte man solche eklatanten Fehler einfach vermeiden. Das wäre ein einfacherer Weg, wenn ich das einmal sagen darf.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Nun spielt Großbritannien da nicht mit. Alle fallen jetzt über Großbritannien her, wobei ich sage: Die Begründung von Großbritannien ist tatsächlich abenteuerlich und nur zurückzuweisen. Aber an sich hat Großbritannien damit recht, dass das Konstrukt so nicht geht, aber es wird die falsche Begründung angeführt. Kommen wir zurück zur europäischen Idee – das ist mir jetzt sehr ernst –: Diese europäische Idee wurde auch von Konservativen vertreten, nicht nur zu Zeiten Kohls, sondern auch vorher und nachher. Diese europäische Idee machen Sie kaputt.

(Beifall des Abg. Alexander Ulrich [DIE LINKE])

Ich will Ihnen auch sagen, warum. Sie führen eine Agenda-2010-Union ein, und zwar multipliziert. Agenda 2010 – leider eine Erfindung der Sozialdemokraten – bedeutet Geringverdiener. Jetzt liegt übrigens eine Studie vor, nach der die Geringverdiener immer früher sterben. Wenn Sie jetzt nichts gegen Armut machen, handeln Sie sogar vorsätzlich, weil Sie wissen, dass Arme immer früher sterben. Also muss man etwas dagegen tun. (D)

(Beifall bei der LINKEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Vielleicht sollten Sie die OECD-Studie etwas genauer lesen!)

Agenda 2010 bedeutet auch Lohnabbau, Rentenkürzung, prekäre Beschäftigung, Outsourcing, das heißt, Teile eines Unternehmens werden aus einem Unternehmen ausgegliedert, damit man schlechtere Löhne bezahlen kann, Teilprivatisierung der Renten und der Gesundheit. All das verordnen Sie in viel schärferer Form Griechenland, Spanien, Portugal und Italien.

Was glauben Sie, wie dann die Menschen die EU empfinden? Glauben Sie wirklich, die denken dann: Das ist eine tolle Einrichtung, die zu mehr Wohlstand führt? Die Menschen werden sagen: Die EU baut meinen Lebensstandard ab. Sie baut mein Selbstwertgefühl ab. Sie verhindert meine eigene Würde. All das kommt auch noch nach Deutschland. Das ist nicht nur sozial katastrophal, sondern es zerstört auch die europäische Idee und ist gefährlich. Ich möchte nicht zurück in das Europa des 20. und des 19. Jahrhunderts, das durch Kriege zwischen den heutigen Mitgliedsländern der Europäischen Union gekennzeichnet war. Dahin wollen wir nicht zurück.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Sozialabbau ist darüber hinaus völlig falsch, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Län-

Dr. Gregor Gysi

- (A) dern. Es ist ebenso falsch, die Investitionen zu streichen; denn das bedeutet doch alles weniger Steuereinnahmen. Das bedeutet, dass das Geld, das wir dorthin geben, verschwindet, und zwar in den Banken. Die Griechinnen und Griechen haben nichts davon, die Italienerinnen und Italiener haben nichts davon, die Spanierinnen und Spanier nichts und auch die Portugiesinnen und Portugiesen nichts. Außer zusätzlichen Schulden kommt auch für Deutschland und seine Bevölkerung nichts dabei heraus. Das ist alles nicht zu machen.

Wenn Sie mir das nicht glauben, dann glauben Sie doch wenigstens Ihrer heiligen amerikanischen Ratingagentur. Jetzt zitiere ich einmal das, was Standard and Poor's sagen, die nun wirklich auf der anderen Seite stehen:

Während sich die europäische Wirtschaft abkühlt, erwarten wir, dass ein Reformprozess, der allein auf der Säule von Sparanstrengungen ruht, zwecklos ist, wenn die Sorgen der Bürger um Jobs und Einkommen wachsen, die Nachfrage schrumpft und die Steuereinnahmen der Staaten erodieren.

Das Ergebnis wird dann eine noch schlechtere Bewertung dieser Länder durch die Ratingagenturen sein. Das verschärft die Krise.

Weiter stellt die Ratingagentur zutreffend Folgendes fest, Frau Bundeskanzlerin: Die Staatsschulden seien nicht Ursache, sondern Folge der Bankenkrise.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Weit klügere Leute sagen das auch. Warum reden Sie immer von einer Staatsschuldenkrise? Die USA haben viel höhere Staatsschulden, auch in der Verhältnismäßigkeit. Sie sind aber nicht in derselben Situation. Die Bankenkrise ist das Entscheidende. Diese müssen wir überwinden, wenn wir aus der Krise herauskommen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Machen wir uns doch nichts vor: Agenda 2010 mit Lohn- und Rentenabbau führte dazu, dass deutsche Produkte billiger wurden. Deshalb konnten wir immer mehr davon nach Spanien, nach Italien und nach Portugal verkaufen. Deshalb konnten die Firmen in Spanien, Portugal und Italien immer weniger ihre eigenen Produkte im eigenen Land und hierher verkaufen. Das hat Folgen. Deshalb sage ich Ihnen: Wenn wir aus dieser Falle herauswollen, die auch andere Länder belastet, dann müssen wir endlich die Binnenwirtschaft stärken, um nicht zu stark von den Verkäufen in andere Länder abhängig zu sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir die Binnenwirtschaft stärken wollen, dann brauchen wir endlich höhere Löhne, höhere Renten und höhere Sozialleistungen,

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Mehr Schulden!)

und wir müssen die gesamte prekäre Beschäftigung überwinden. Es gibt keinen anderen Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist nicht nur sozial gerechter und verhindert, dass Menschen wegen ihrer Armut immer früher sterben, sondern es stärkt auch die Binnenwirtschaft und hilft Italien und anderen Ländern. (C)

Wir haben es weiter mit einem dramatischen Demokratieabbau zu tun. Was passiert denn in Griechenland und Italien? Da werden auf Wunsch der Jongleure des Finanzmarktes Technokraten als Regierungschefs eingesetzt. Es gibt vorher keine Wahl, und keiner befragt die Bevölkerung. Wenn ein Ministerpräsident seine Bevölkerung befragen will, dann muss er sofort zu Herrn Sarkozy und zu Ihnen, Frau Merkel, zum Strafrapport, und zwei Tage später ist er weg vom Fenster. Was hat denn das noch mit Demokratie zu tun?

(Beifall bei der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Passen Sie auf, dass Sie nicht auch zum Rapport müssen! Passen Sie auf, dass die Kanzlerin Sie nicht auch noch einbestellt, Herr Gysi!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Gysi, es ist Ihnen nicht entgangen, dass Sie schon deutlich über der Zeit liegen.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Bundestagspräsident, das finde ich erstaunlich. Die acht Minuten von Herrn Lindner dauerten so lange. Meine elf vergehen so schnell. Wie kommt das eigentlich?

Gut, dann lasse ich das aus und sage nur noch eines: Was wir wirklich brauchen, ist etwas ganz anderes. Wir brauchen erstens eine Regulierung der Finanzmärkte. Soros, der Multimilliardär, hat auf die Frage, ob er mit seinen Spekulationen schuld an der Krise sei, gesagt: Nein, schuld ist die Politik. Ich bin gierig, und wenn die Politik mir das erlaubt, dann mache ich das auch. Wenn sie es mir verboten hätte, hätte ich es nicht machen dürfen. (D)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist verboten, jetzt weiterzureden!)

Das ist die Logik von Soros. Er gibt Ihnen ironisch die Schuld, und insoweit zu Recht.

Wir brauchen zweitens eine Finanztransaktionsteuer.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nein, nein, nein!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nein, Herr Gysi, das geht jetzt leider nicht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das können wir nicht mehr hören!)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

– Das können Sie nicht mehr hören, aber das müssen Sie sich anhören, weil es der einzige Weg ist, der aus der Krise führt. Hören Sie zu! Von den Konservativen verlange ich eines nicht: Ich verlange nicht, dass sie links werden. Das schaffen sie nicht. Aber sie könnten zumin-

Dr. Gregor Gysi

- (A) dest endlich einmal Vernunft an den Tag legen. Das ist das Minimum.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Gysi, ich bin Ihnen noch eine kurze Antwort auf Ihre Bemerkung zu meiner Begrüßung der französischen Delegation schuldig. Sobald es in China ein Parlament gibt, frei und demokratisch gewählt wie in Frankreich, zu dem der Deutsche Bundestag ähnlich intensive freundschaftliche Beziehungen unterhält wie zur Assemblée nationale, stelle ich für einen Besuch einer chinesischen Delegation eine ähnliche Begrüßung in Aussicht.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Das Wort hat nun der Kollege Kauder für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Erklärungen der Opposition in der heutigen Debatte hört, dann fragt man sich, ob die Opposition wirklich zur Kenntnis genommen hat, was am letzten Wochenende in Brüssel geschehen ist.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Deutlicher als Sie!)

– Herr Kollege Steinmeier, warten Sie nur ab. Die Demut wird gleich kommen. Ich frage mich, ob Sie noch genau wissen, was Sie an diesem Rednerpult schon alles verlangt haben und was wir gemeinsam in Anträge hineingeschrieben haben. Im Ergebnis ist das, was wir in unserer gemeinsamen Erklärung vor einigen Tagen beschlossen haben, im Kern genau das, was die Bundesregierung in Brüssel ausgehandelt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wieso distanzieren Sie sich von dem, was wir zur Vorbereitung des Gipfels miteinander besprochen haben?

Es ist unglaublich viel erreicht worden. Wir waren uns in diesem Plenarsaal einig, dass wir mit leichten, kleinen Korrekturen nicht mehr vorankommen und dass die Märkte von uns klare Reformen erwarten, die verhindern, dass das, was jetzt mit den hohen Staatsschulden eingetreten ist, wieder eintreten kann. Wir waren uns auch einig, dass diese Reformen nur durch rechtlich verbindliche Vereinbarungen machbar sind. Wir alle hätten uns sehr gewünscht, dass wir im Europa der 27 zu solchen Vereinbarungen gekommen wären. Herr Kollege Steinmeier, Sie haben an diesem Rednerpult mehrfach eine Korrektur der von Ihrer Fraktion durchgeführten Deregulierung der Finanzmärkte verlangt und sagen ständig, es müsse europaweit eine Finanztransaktion-

steuer eingeführt werden. Aber wie können Sie sich dann hier hinstellen und sagen, da hätte man den Briten nachgeben können? Das ist eine unfassbare Position, die Sie hier vertreten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich hätte mir gewünscht, dass die Briten erkannt hätten, dass ein Teil der Probleme auch durch die deregulierten Finanzmärkte entstanden ist und dass wir deswegen mehr machen müssen. Aber sich an dieses Rednerpult zu stellen und darauf hinzuweisen, dass noch nicht genügend Schritte bei der Regulierung gegangen worden sind, und dann zu beklagen, dass man den Briten nicht nachgegeben hat, das ist nicht in Ordnung, um das einmal klar und deutlich zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jetzt erwarten wir, dass die Briten in diesem Europa mitmachen.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Man spricht französisch, Herr Kollege!)

Herr Kollege Steinmeier, jetzt haben hoffentlich die sozialdemokratisch regierten Länder in Europa mitbekommen, wie sie ihren eigenen Kollegen die Leviten lesen müssen. Österreich, Belgien und Dänemark, das sind Länder, die von Sozialdemokraten regiert werden und die mitgemacht haben. Soll ich Ihnen etwas sagen? Sie stehen als Einziger abseits, nicht wir. Das ist die Erkenntnis nach Ihrer heutigen Rede.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D) Natürlich kann man abseitsstehen, wenn man in der Opposition ist; dagegen ist nichts einzuwenden. Aber ich bitte darum, gerade in einer so wichtigen, zentralen nationalen und europäischen Frage zu erklären, was anders hätte gemacht werden sollen. Man muss sich vor allem über eines im Klaren sein – ich war der Meinung, dass wir das in den letzten Beratungen in diesem Parlament erreicht hätten –: Wir müssen in dieser für Europa, aber auch für die Menschen in unserem Land wichtigen Frage gemeinsame Positionen vertreten. Aber was ich jetzt von Ihnen höre, hat noch nicht einmal den Hauch einer sachlichen Auseinandersetzung. Es handelt sich nur um den Versuch, durch Dagegensein irgendwie voranzukommen. Das ist keine ausreichende Position, Herr Kollege Steinmeier.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich hoffe, dass wir bei den anstehenden Fragen, die auf uns zukommen und die Sie angesprochen haben, zum Beispiel beim ESM, wo es auch auf die Beteiligung des Parlaments ankommt –

(Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD]: Da haben Sie doch nicht ein Problem mit der Opposition, sondern in der Regierung haben Sie das!)

– Herr Steinmeier, lassen Sie mich den Satz zu Ende sprechen –, zu gemeinsamen Positionen kommen. Ich hatte bisher den Eindruck, dass wir das miteinander schaffen. Ihren Einwand „Da haben Sie doch nicht ein Problem mit der Opposition“ könnte ich fast vollum-

Volker Kauder

- (A) fänglich unterschreiben. Aber nach dem, was Sie nach diesem Gipfel, in dessen Umfeld und heute abgeliefert haben, müssen wir uns schon fragen, ob Sie noch zu der Aussage stehen, dass wir das miteinander machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn dem so ist, dann ist alles in Ordnung. Dann tun wir dies auch.

Der Gipfel in Brüssel hat dazu geführt, dass wir die notwendigen Veränderungen durchführen. Jetzt muss klar sein: Wir kämpfen um die Stabilität des Euro. Das ist nicht etwas Technisches, sondern da geht es um die Zukunftschancen von Hunderten Millionen Menschen in Europa. Wenn wir um die Stabilität des Euro kämpfen, dann müssen diejenigen, die diese Währung haben, nämlich die Euro-Zone-Länder, auch das Notwendige machen können, um Stabilität zu erreichen. Da dürfen sie nicht nachgeben, wenn ein, zwei oder drei sie daran hindern wollen. Das wäre nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen sagen wir den Briten: Ihr habt eine wichtige Aufgabe in diesem Europa. Dass der Euro stabil bleibt, ist doch nicht nur eine Frage, die die Euro-Länder betrifft. Vielmehr hat David Cameron doch selbst mehrfach gesagt, dass auch er ein Interesse daran hat, dass dieser Euro stabil bleibt. Da kann man ihm nur sagen: Dann beteilige dich auch an den notwendigen Maßnahmen! Aber die Stabilität des Euro mit einem noch wilder ausufernden Finanzmarkt und mit noch mehr durchgeführten Transaktionen in Europa sichern zu wollen, hieße doch, den Bock zum Gärtner zu machen. Das muss den Leuten in Großbritannien doch klargemacht werden können! Darum werben wir.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Herr Kollege Steinmeier, ich sage Ihnen: Es ist nicht angebracht, sich an dieses Rednerpult zu stellen und zu beklagen, warum es nicht gelungen ist, die Briten mit ins Boot zu nehmen. Vielmehr wäre es notwendig, den Briten zu sagen: Ihr habt eine Verantwortung für Europa und für den Euro, weil es auch eurer Währung dient. Also berappelt euch und macht mit! Das ist die Botschaft. Dazu fordern wir die Briten in aller Freundschaft auf.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen gibt es auch gar keinen Grund, darüber zu reden, ob in diesem Europa nicht mehr alle zusammenhalten. Im Übrigen haben dies alle anderen auch so gesehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den nächsten Monaten werden auf uns die konkreten Beratungen über das, was jetzt im Europäischen Stabilisierungsmechanismus ausgearbeitet wird, zukommen. In diesem Bereich wird es zu völkerrechtlichen Verträgen kommen.

Herr Gysi, an dieser Stelle kann ich nur sagen, dass ich die Position, dass 25 oder 26 – wie viel es denn auch

sind! – über bestimmte Fragen keine Vereinbarung treffen können, überhaupt nicht teile. Natürlich können sie eine Vereinbarung über die Regulierungen treffen, die notwendig sind und die den Euro betreffen. Ich bin hundertprozentig überzeugt, dass eine solche Vereinbarung auch eingehalten wird und dass wir deswegen mit diesem Vertrag vorankommen.

Wir müssen dann aber – weil es nicht um ein Gesetz, sondern um ein Ratifizierungsverfahren zu einem völkerrechtlichen Vertrag geht – überlegen, wie wir im Rahmen dieser Verhandlungen unsere Position einbringen können und wie wir uns als Deutscher Bundestag an diesem Verfahren beteiligen können. Bisher ist es bei Ratifizierungen so, dass ein Vertrag ausgehandelt und vorgelegt wird und dass dann im Bundestag mit Ja oder mit Nein abzustimmen ist. Aber wir wollen an diesen Dingen, weil sie auch haushaltsrechtlich bedeutsam sind, von Anfang an beteiligt werden. Deshalb bitten wir die Bundesregierung darum, mit uns zu überlegen, wie wir dieses Verfahren so gestalten können, dass wir den Deutschen Bundestag auf dem Weg zu den vertraglichen Änderungen und Notwendigkeiten beteiligen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Natürlich ist klar, dass es nicht nur darum geht, zu regulieren und Haushaltsdefizite zurückzuführen, sondern auch darum, Wachstumsperspektiven zu entwickeln. Genau das tun wir. Wir sind jetzt in einer Phase, in der in Deutschland die Wirtschaft gut läuft. Im Übrigen haben wir am Ende dieses Jahres allen Grund, dankbar auf dieses Jahr zu schauen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

In einer großartigen Gemeinschaftsleistung haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und vor allem mittelständische Unternehmer etwas Großartiges geschaffen, und es ist auch die richtige Politik gemacht worden. Wir haben in diesem Land doch etwas erreicht, indem wir zusammengestanden sind. Diese Botschaft, die den Menschen Mut macht, muss am Ende eines Jahres auch einmal formuliert werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie haben sich an vielem nicht beteiligt, obwohl Sie es hätten machen können. Erst unser Erfolg führt doch dazu, dass wir stark genug sind, um in Europa zu helfen. Das Deutschland aus den Jahren der rot-grünen Koalition hätte gar nicht die Kraft gehabt, in Europa die notwendige Hilfe zu geben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen sind Konsolidierung und ein Zurückfahren der Schulden notwendig; das ist das beste Wachstumsprogramm in unserer heutigen Zeit – und nicht immer obendrauf noch neue, noch zusätzliche Schulden machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Volker Kauder

- (A) Wir sollten diejenigen nicht vergessen – um es einmal sehr vorsichtig zu formulieren –, die einen gewaltigen Anteil daran haben, dass dieses Wachstum entsteht. Wenn ich mir die Beschlüsse vor allem des SPD-Parteitages anschau, kann ich nur sagen: Das ist ein Programm zur Vertreibung von Leistungsträgern, aber nicht ein Programm zur Unterstützung von Leistungsträgern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Schauen Sie sich doch die Länder Spanien und Griechenland an. Dort sind diejenigen, die Leistung erbringen könnten, sollten und wollten, gar nicht mehr da.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir wollen, dass diejenigen, die Leistung in diesem Land erbringen, sich durch Steuern an der Finanzierung der Staatsaufgaben beteiligen, aber wir wollen sie nicht vertreiben und ihre Leistungsbereitschaft beeinträchtigen. Das ist Politik für Wachstum und Wohlstand,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

aber nicht Ihre von sozialistischen Gedanken geprägte Abkassierpolitik. Herr Gysi, Sie haben Großbritannien angesprochen. Sie können sich doch nicht hier hinstellen und sagen, man müsse auf Großbritannien Rücksicht nehmen, und zur gleichen Zeit von der Verstaatlichung der Banken sprechen. Sie müssen die Gedanken in Ihrem Kopf besser sortieren. Das alles passt nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Wenn ich mir das alles anschau, kann ich nur sagen: Gott sei Dank ist es in dieser schwierigen Situation eine von der Koalition aus CDU/CSU und FDP getragene Bundesregierung,

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glauben Sie doch selber nicht! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Guter Witz zum Schluss!)

die erfolgreich in Europa verhandelt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Jürgen Trittin hat das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Kauder, bei Ihrem letzten Satz fällt mir ein: Du sollst nicht falsch Zeugnis ablegen. Denken Sie einmal darüber nach.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wider deinen Nächsten! – Gegenrufe von der CDU/CSU: Oh!)

Es kann nicht auf der einen Seite – das zeigt doch die europapolitische Geisterfahrt dieser Koalition – der Chef der einen Regierungsfraktion zu Recht dafür werben, dass Großbritannien zu diesem gemeinsamen Europa ge-

hört, während der Vorsitzende der anderen Regierungsfraktion die Briten hier öffentlich als Rabattjäger denunziert. Diese Aussagen zeugen von der europapolitischen Geisterfahrt dieser Koalition. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie tun mir leid, Herr Rösler, und man kann langsam Mitleid mit Ihnen bekommen. Nicht, weil Sie jetzt nicht mehr Christian Lindner, sondern nur noch Butter-Lindner haben

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Oh!)

– ich wollte mich einmal auf das Niveau von Herrn Brüderle begeben –, sondern weil Sie hier an dieser Stelle erklärt haben, Herr Brüderle dürfe nicht mehr auf Ihrem Dreikönigstreffen reden. Interessant.

(Otto Fricke [FDP]: Hallo! Europadebatte!)

Aber hier darf er reden. Da Sie, Herr Brüderle, hier reden dürfen, hätten wir gerne einmal von Ihnen gehört, was mit den wahrscheinlich 16 000 FDP-Mitgliedern ist, die der Auffassung sind, dass man das, was die Kanzlerin gerade verhandelt hat, nämlich ein frühzeitiges Inkrafttreten des Europäischen Stabilisierungsmechanismus, rundweg ablehnen sollte. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie mit diesen Menschen eine politische Auseinandersetzung geführt hätten, anstatt dass Sie hier regelmäßig solche pfälzischen, genuschelten Büttreden abliefern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD) (D)

Ansonsten war es so wie immer: markige Erklärungen vor dem Gipfel, windelweiche Beschlüsse auf dem Gipfel. Sie lassen schreiben, es werde jetzt gespart, bis es quietsche; das Ergebnis ist aber spätestens seit Montag bekannt. Man könnte böse sein und sagen, das Gipfelergebnis sei Käse. Ich fürchte, es ist nur Analogkäse, also Pflanzenfett und irgendwelche Eiweiße. Die Märkte haben eine Antwort gegeben. Die Zinsen für Italien liegen wieder bei über 7 Prozent. Das Vertrauen, das Sie schaffen wollten, haben Sie mit den Gipfelbeschlüssen gerade einmal für ein Wochenende herstellen können. Seitdem ist der Kater wie nach einer durchzechten Nacht wieder da. Die Wahrheit ist: Die EU-Kommission muss Sie darauf hinweisen, dass Gemeinschaftsrecht Vorrang vor intergouvernementalen Vereinbarungen hat.

Sie haben nichts über die Diskussionen in Finnland über den Vertrag der 26 gesagt, wo man erklärt: Dafür gibt es keine Mehrheit. – Ich hätte es sehr interessant gefunden, Frau Bundeskanzlerin, wenn Sie hier einmal einen Satz zur Ankündigung der französischen Sozialisten gesagt hätten – sie braucht Herr Sarkozy nämlich, um diesen Vertrag, der eine Verfassungsänderung erfordert, durchzubringen –, jenen Sozialisten, die im Senat die Mehrheit haben und die gesagt haben, dass sie dem nicht zustimmen wollen. Wie wollen Sie mit diesem Problem umgehen? Das wäre eine Regierungserklärung wert gewesen, Frau Bundeskanzlerin.

Jürgen Trittin

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber so bleibt doch nur eine Feststellung. Es ist viel über „Merkozy“ geschrieben worden. Ich will ja gerne konzedieren, dass der Kopf von „Merkozy“ Sie sind. Aber wenn in Frankreich nicht ratifiziert wird, dann ist „Merkozy“ ein Wesen ohne Unterleib.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zur Debatte über die Umwegfinanzierung, also darüber, das EZB-Geld über den IWF zu schleusen. Dazu haben die Amerikaner gesagt, sie werden es nicht mitmachen. Ich hätte mir von Ihnen gewünscht, dass Sie hier sagen, was das für uns heißt: dass das Risiko für die EFSF-Anleihen wächst, dass die Hebelung schwieriger wird. Warum? Weil die zusätzlichen IWF-Mittel, wenn sie denn kommen, Vorrang vor unseren Mitteln haben. Damit gibt es ein erhöhtes Risiko für den Bundeshaushalt. Deswegen muss das hier diskutiert, deswegen muss das hier entschieden werden. Denn: Parlamente sind nicht zum Zuschauen da, sondern zum Entscheiden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich finde, das eigentliche Problem dieses Gipfels ist wahrscheinlich gar nicht einmal, was beschlossen worden ist; denn das ist so zahnlos, dass man sich darüber kaum ereifern kann. Das, was nicht beschlossen worden ist, ist das Entscheidende. Sie haben keine Beschlüsse gefasst, die die aktuelle Krise tatsächlich eindämmen. Sie haben es bis heute nicht geschafft, eine Firewall zu errichten, die nach dem Schuldenschnitt für Griechenland verhindert, dass die Spekulation auf andere Staaten übergreift. Das hat etwas mit ideologischen Scheuklappen zu tun. Die rechte Seite dieses Hauses jubelt immer, wenn man sich gegen Euro-Bonds ausspricht. Sie verschweigen immer, dass schon in der EZB für große Summen gehaftet werden muss. Meine Damen und Herren, vielleicht sollten Sie, also die Bayern unter den Unionisten – die CSU ist ja immer erst bayerisch und dann subsidiär –, einmal darüber nachdenken, dass selbst jemand wie Dr. Edmund Stoiber heute der Auffassung ist: Eine Lösung dieser Krise gibt es nur mit europäischen Staatsanleihen. – Herr Stoiber spricht sich für Euro-Bonds aus. Meine Damen und Herren, Herr Stoiber hat recht. Ich hätte nie geglaubt, dass mir dieser Satz jemals über die Lippen gehen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber das eigentliche Problem sind nicht die ideologischen Scheuklappen, die Sie haben; das eigentliche Problem ist, dass Sie eine falsche Krisenursache identifiziert haben. Dazu setzen Sie Staatsschuldenkrise mit Ausgabenwillkür und unsolider Haushaltspolitik gleich. Genau das ist die falsche Analyse dieser Krise.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Diese Krise in Griechenland ist durch eine falsche Staatsausgabenpolitik hervorgerufen worden. Richtig; niemand widerspricht dem. Es waren auch Konservative, die das gemacht haben. (C)

(Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE]: Genau!)

Diese Krise ist ausgelöst worden auch in Staaten wie Irland und Spanien mit einer vorbildlichen Haushaltsführung, einer deutlich besseren Haushaltsführung als zum Beispiel hier in Deutschland. Warum? Weil diese Staaten Schulden von Privaten, Schulden von Banken, Schulden von privaten Haushalten, verstaatlichen mussten, weil sie sonst in eine noch größere Krise geraten wären. Wenn es richtig ist, dass es einen Zusammenhang zwischen der Finanzkrise und der Staatsschuldenkrise gibt, dann werden Sie dieser Krise nicht allein damit beikommen, dass Sie staatliche Ausgaben kürzen. Sie müssen an die Ursachen dieser Krise herangehen; sonst kommen Sie aus ihr nicht heraus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben gesagt, da komme man nicht nur mit Sparen, sondern auch mit Wachstum heraus. Ja, dann schauen Sie sich doch die Zahlen an! Die Prognosen für die Euro-Zone sehen für nächstes Jahr ein Wachstum von minus 1 Prozent vor – so die OECD –, für Italien ein Negativwachstum von 2 Prozent. Das heißt, Italien ist weit davon entfernt, eine Chance zu haben, sich in irgendeiner Weise so zu finanzieren, dass es neue Kredite in Höhe von 300 Milliarden Euro zu erträglichen Konditionen bekommt. Dagegen kann man nicht ansparen. Das wird Ihnen Herr Monti auch nicht anders gesagt haben. (D)

Wenn Sie in einer Situation des Negativwachstums zusätzliche Sparauflagen für Staaten verordnen, dann kürzen diese auch in den Bereichen, in denen Investitionen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit heute zwingend erforderlich sind. Anders gesagt: Ihr Kurs, Frau Bundeskanzlerin, führt nicht nur zu nicht mehr Wachstum, Ihr Kurs würgt das Wachstum in Europa ab. Es verlängert die Krise, es verschlimmert die Krise. Das ist das Problem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Quatsch!)

Aus dieser Krise führt kein intergouvernementaler Weg heraus. Wir brauchen gemeinsame starke europäische Institutionen. Wir müssen die Steuer-, die Wirtschafts- und die Fiskalpolitik miteinander verknüpfen. Das geht nicht in einem intergouvernementalen Vertrag.

Sie haben dann gesagt, Sie seien dafür, dass das Europaparlament hier eine Rolle spielt und auch Beobachter entsenden darf.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beobachterparlament! – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Absurd!)

Jürgen Trittin

- (A) Frau Bundeskanzlerin, Parlamente, auch das Europaparlament, sind keine Beobachterkommission. Parlamente machen Gesetze, sie sind Ausdruck des Willens des Volkes, und sie kontrollieren die Regierung. Das ist Demokratie, und das brauchen wir in Europa.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben sich erlaubt, hier zu sagen, mit dem jetzt Beschlossenen hätten wir einen großen Schritt hin zu einer Stabilitätsunion getan.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Richtig! – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Richtig!)

Wer anfängt, aufgrund einer Identifizierung der falschen Krisenursache in Europa das Wachstum kaputtzusparen, der wird Folgendes erleben:

(Zuruf von der FDP: Sie wollen doch kein Wachstum!)

ein Europa, in dem massenhaft junge Leute arbeitslos sind. Ein Europa der Massenarbeitslosigkeit ist aber keine Stabilitätsunion. Dieses Europa fliegt auseinander. Dagegen haben Sie nichts getan.

Deswegen sage ich Ihnen: Jedes Tief hat einen Namen. Das nächste wirtschaftliche Tief, das auf uns zukommt, hat den Namen

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Trittin! – Zuruf von der FDP: Jürgen!)

- (B) „Angela“. Leider wird es noch über Europa liegen, wenn Sie nicht mehr Kanzlerin sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: War das ein Gewitter-Jürgen!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Werner Hoyer hat jetzt das Wort für die Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich beglückwünsche die Bundeskanzlerin zu ihrem Erfolg beim Europäischen Rat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Aber, Herr Hoyer!)

Wir haben die Chance, unsere Währung für die schweren Zeiten, die kommen werden, sturmfest zu machen. Wir haben darüber hinaus die Chance, die politische Union voranzutreiben. Es ist ja zu Recht gesagt worden, dass wir hier einen Rückstand aufholen müssen, weil zu Zeiten des Vertrages von Maastricht die politische Union, die wir damals gewollt haben, noch nicht möglich war. Es lag von vornherein in der Logik des

Prozesses, zu sagen: Wenn wir mit der Währungs- und Wirtschaftsunion anfangen, dann wird ein Druck aufgebaut werden, die politische Union folgen zu lassen. – Genau in der Situation sind wir jetzt. Deswegen müssen wir diese Erwartung bzw. diese Verpflichtung, über die uns Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher, Theo Waigel immer aufgeklärt haben, jetzt auch erfüllen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Rainer Brüderle hat für die Fraktion der FDP begründet, warum wir mit dem, was verhandelt worden ist, zufrieden sind. Ich möchte hier einen anderen Akzent setzen. Ich glaube, wir führen endlich eine ehrliche politische Debatte über Europa. Sie hat eigentlich über Jahrzehnte gefehlt. Das war ein Elitenthema.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Jetzt führen wir diese Debatte. Wir dürfen sie aber nicht nur über Geld, Währung und Wirtschaft führen. Europa ist eben sehr viel mehr.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben eine großartige Erbschaft von unseren Vorgängern übernommen. Europa – das steht zunächst einmal für Werte, für Haltungen, für Lebensweise, für Kultur. Dieses Europa manifestiert sich auf unserem Kontinent mittlerweile praktisch überall in einer Priorität für die Würde des einzelnen Menschen, in Toleranz, in Rechtsstaatlichkeit, in Demokratie – im Grunde die Früchte der Aufklärung. Und das müssen wir eben auch leben und verteidigen.

Deswegen müssen wir uns auch einmischen. Deswegen sind Fragen der nationalen Souveränität heute doch etwas anders zu bewerten, als das vielleicht vor 50 Jahren noch der Fall war, wenn plötzlich Pressefreiheit gefährdet ist, wenn Reisefreiheit eingeschränkt ist oder wenn wir nicht gemeinsam die Informationen sammeln, die wir brauchen, um Urteile zu fällen über das, was in Europa ökonomisch zu geschehen hat.

Die europäische Integrationsgeschichte hat uns ein ungeahntes Maß an Freiheit, an Frieden und an Wohlstand gebracht. Das wird heute alles für selbstverständlich genommen; das wissen wir alle aus unseren politischen Veranstaltungen. Damit lockt man erstaunlicherweise keinen hinter dem Ofen hervor, obwohl es so wichtig und so bewahrenswert ist.

Wir brauchen also eine Projektion dieses europäischen Gedankens in die Zukunft. Ich denke, es liegt auf der Hand, wie wir argumentieren müssen: mit der Selbstbehauptung der Europäer in der Globalisierung. Das wird die Herausforderung der nächsten Jahre sein. Das ist dann auch nicht nur ein ökonomisches Thema, sondern auch ein Wertethema, ein Wissensthema, ein Innovationsthema, ein Thema, das am Ende mit Wohlstand zu tun hat, der nämlich akut gefährdet ist, wenn wir dieser Herausforderung nicht gerecht werden.

Staatsminister Dr. Werner Hoyer

- (A) Deswegen wundere ich mich manchmal, dass wir Debatten führen, als könnte man zur Globalisierung Ja oder Nein sagen. Man kann – da sie kommt und schon da ist – nur versuchen, sie mitzugestalten. Das wird keines unserer europäischen Partnerländer – nicht unsere französischen Freunde, die ich herzlich begrüße, und auch nicht wir Deutschen – alleine gestalten.

Wenn wir in der Gemeinschaft der Völker dieser Welt etwas bewegen wollen, dann müssen wir es gemeinsam anpacken. Dann muss man Mut haben zum politischen Europa; dann muss man auch Mut haben zur Gemeinschaftsmethode.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich glaube, dass es viele Punkte gibt, bei denen man feststellen muss: Europa macht zu viel. All die Fragen von Überbürokratisierung sind mir voll bewusst. Da kann man doch das eine oder andere zurückdrehen. Aber dort, wo im klassischen, im Hallsteinschen Sinne die europäischen Institutionen – zum Beispiel die Kommission als Hüterin der Verträge – gefragt sind, da müssen wir ihnen den entsprechenden Raum geben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Sie sind im Zweifel der bessere Hüter des Gemeinschaftsgedankens, als wir es sein können, die wir häufig in nationalen Interessen denken müssen. Deswegen: Mehr Mut zu mehr Europa.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn die Dinge so laufen, wie sich das gegenwärtig abzeichnet, dann könnte das meine letzte Rede im Deutschen Bundestag gewesen sein.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Schade! – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schade!)

Ich gehe am Freitagnachmittag mit gemischten Gefühlen durch die Tür dort hinten, aber mit großer Dankbarkeit für das, was war, und mit großer Vorfreude auf das, was sein wird. Ich habe 25 Jahre lang das schönste Amt wahrgenommen, das der Souverän uns gibt: das des freien Abgeordneten. Sie werden es weiter wahrnehmen. Ich wünsche Ihnen dafür Glück, Erfolg und Gottes Segen.

Frau Präsidentin, ich melde mich ab.

(Beifall im ganzen Hause – Abgeordnete aller Fraktionen gratulieren Dr. Werner Hoyer)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Lieber Herr Kollege Hoyer, Wenn-dann-Reden soll man in der Politik nicht halten. Nichtsdestotrotz will ich Ihnen – jenseits der Formalien, die sich noch entscheiden müssen – sagen: Wir kennen Sie hier im Bundestag seit 1987. Sie sind ein Herzensparlamentarier; das haben wir, glaube ich, eben noch einmal gehört.

Die Kolleginnen und Kollegen, die mit Ihnen zusammenarbeiten, schätzen Sie für Ihre kundige Zusammenarbeit, für die Kompetenz, aber auch die Kollegialität. Ich sage einfach: Bis hierhin herzlichen Dank für all das, und – wenn wir keine weitere Gelegenheit haben, das hier zu tun – schon jetzt: Viel Erfolg und Gottes Segen für Ihren Weg. (C)

(Beifall)

Der Kollege Axel Schäfer hat jetzt für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Kauder hat empfohlen, man solle auch seinen sozialdemokratischen Parteifreunden in Europa mal die Leviten lesen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das habe ich doch gar nicht gesagt! Ich habe doch genau das Gegenteil gesagt!)

Kollege Kauder, als Christ wissen Sie doch:

Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge, und wirst nicht gewahr des Balkens in deinem Auge?

Wann haben Sie an dieser Stelle jemals einer christdemokratischen Regierung in Ungarn die Leviten gelesen, als es um die Beschädigung der Demokratie, die Einschränkung der Meinungsfreiheit ging? (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Ich habe doch gerade das Gegenteil gesagt! Die anderen sollen sie Ihnen lesen!)

Wann haben Sie in diesem Hause jemals einer christdemokratischen Regierung in Italien die Leviten gelesen, als es um die Gefährdung des gesamten Rechtsstaates und der politischen Kultur in Europa ging?

(Beifall bei der SPD)

Wann haben Sie hier jemals einem christdemokratischen Regierungschef aus Österreich, den Niederlanden oder von anderswo die Leviten gelesen, der sich mit Koalitionen und Optionen mit Rechtspopulisten an der Macht hält? Wann haben Sie das als Europäer jemals getan? Sie haben es hier in diesem Hause nicht getan.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man ehrlich über Gipfelergebnisse redet, muss man damit anfangen und sagen: Ja, am Anfang des Jahres haben wir über Rettungsschirme mit einem Umfang von 620 Milliarden Euro geredet; jetzt liegen die Schätzungen bei 1,6 Billionen Euro. – Auch das gehört zur Ehrlichkeit. Wenn man hier auf der Regierungsseite einmal ehrlich argumentieren wollte, dann müsste man die Debatte immer mit den Worten beginnen: Ja, wir haben uns seit Mai 2010 geirrt; wir hatten Fehleinschätzungen, und wir haben uns immer und immer wieder korrigieren müssen. – Dies haben

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) wir von Ihnen an dieser Stelle, hier im Deutschen Bundestag, niemals gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Weil es nicht wahr ist!)

Wir haben vor diesem Gipfel aber etwas anderes erlebt: Herr Van Rompuy, der den Auftrag hatte, Vorschläge zu machen, wurde aus Kreisen der Bundesregierung, wie es unwidersprochen zitiert worden ist, mit den Worten kritisiert: Wir lassen uns keine Brüsseler Trickereien bieten. – Genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU/CSU und FDP, ist es halt. Wenn man auf der einen Seite sagt: „Wir wollen mehr gemeinsames Europa“, und auf der anderen Seite diejenigen, die auch als Institution für mehr gemeinsames Europa stehen, schon vorher beschämt und beschädigt, kann man nicht damit rechnen, dass man hinterher gemeinsame europäische Überzeugungen in dieser Gemeinschaft erreichen kann.

Ich glaube, das, was die Kanzlerin nicht gesagt hat, ist für viele Kolleginnen und Kollegen aus den Regierungsparteien wichtig; aber leider diskutieren Sie das hier nicht, weil Sie manchmal glauben, Ihre europäischen Überzeugungen durch stramme Haltung ersetzen zu müssen. Auch Sie müssten doch eigentlich diskutieren, dass wir viel schärfere Regelungen bei Finanzmarktprodukten brauchen, gerade bei denen, die die Ratingagenturen als etwas Besonderes bewertet haben und die dann – das hat auch ein CDU-Politiker einmal formuliert – zu Massenvernichtungswaffen wurden. An dieser Stelle kommt von Ihnen nichts.

(B)

Es kommt von Ihnen auch keine kritische Anmerkung, dass die Finanztransaktionsteuer notwendig ist, dass man hier in Europa vorangehen muss – sei es auch nur mit 17 Ländern – und dies auf dem nächsten Gipfel ein wichtiges Thema sein muss. Es kommt auch nichts zu dem Punkt, der für uns alle so wichtig ist: Wir benötigen in Europa unbedingt so etwas wie einen Ausbildungspakt, weil wir uns den Skandal der Jugendarbeitslosigkeit, der nicht nur eine Gefährdung der Zukunftsperspektiven, sondern auch der zukünftigen Demokratie ist, nicht leisten können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn man schon einfordert – da sind wir uns im Hause alle einig –, in Europa etwas vertraglich zu regeln, und es Probleme gibt, dann muss man die parlamentarische Beteiligung hier in diesem Haus, in allen nationalen Parlamenten und im Europäischen Parlament ernsthaft und bewusst von Anfang an so gestalten, dass der Bundestag, zum Teil auch der Bundesrat, so einbezogen wird, dass er über alle Regelungen, die getroffen werden und über die am Schluss im Bundestag entschieden wird, wie über ein richtiges europäisches Vorhaben diskutiert, nicht wie bei einem internationalen Vertrag, bei dem es am Ende nur noch heißt: „Friss, Vogel, oder stirb!“, wir aber keinen Einfluss beim Zustandekommen haben. Diesen Einfluss, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierung, werden wir und, ich glaube, auch die Kolle-

ginnen und Kollegen von den Grünen und der Linkspartei von jetzt an Tag für Tag einfordern; denn das ist die Demokratie in Europa, die wir hier im Deutschen Bundestag praktizieren. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das habe ich doch gesagt!)

Bitte passen Sie auf bei falschen historischen Bildern. Der Vorsitzende der FDP-Fraktion hat das Gipfelergebnis das Ergebnis einer „Belle Alliance“ genannt. „Belle Alliance“ ist seit 1815 die Übersetzung für Waterloo, die historische Niederlage von Napoleon gegen die Verbündeten. Ich glaube, er hat damit unbewusst das ausgedrückt, worum es jetzt geht.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das heißt, Herrn Brüderle zu überschätzen!)

Wir stehen vor einem Waterloo der FDP in der Europapolitik. – Vielen Dank, Herr Brüderle!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hoffentlich!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kauder, bitte, eine Kurzintervention.

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Kollege Schäfer, ich würde Sie bitten, dass Sie das Protokoll vielleicht einmal nachlesen; dort können Sie sich meine Rede genau anschauen. Ich habe das Gegenteil von dem verlangt, was Sie gesagt haben. Ich habe nämlich nicht gesagt, dass Sie Ihren sozialdemokratisch oder sozialistisch geführten Regierungen in Europa die Leviten lesen sollen, sondern dass Sie sich an ihnen orientieren sollen. Genau das habe ich gesagt. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das haben Sie glatt missverstanden. Sie müssen die Schranken aus Ihrem Kopf bekommen. Ich habe wörtlich gesagt: Schauen Sie sich Österreich – geführt von Ihrer Parteifamilie –, Dänemark und Belgien – ebenfalls von Ihrer Parteifamilie geführt – an. Die haben dem Ergebnis zugestimmt und es großartig gefunden; Sie haben es kritisiert. Deswegen habe ich gesagt: Orientieren Sie sich einmal an denen. Sie sollten ihnen nicht die Leviten lesen – machen Sie das am besten in Ihrer eigenen Truppe –, sondern sich an ihnen orientieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre Rede zu lesen, ist eine Zumutung! – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Es erfordert ein bisschen Konzentration und Verstand, das gebe ich zu!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Schäfer, bitte.

(A) **Axel Schäfer** (Bochum) (SPD):

Kollege Kauder, ich bedauere es sehr, dass Sie nicht einmal heute diese Gelegenheit genutzt haben, zu sagen, dass Sie das, was andere Christdemokraten in Europa – ich hätte noch die griechische Opposition hinzufügen können – in den letzten Jahren an antieuropäischer Politik gemacht haben, als deutscher Christdemokrat nicht teilen. So viel Überzeugung hätte ich Ihnen schon zuge-
traut, aber leider, leider haben Sie diesen Mut hier nicht gefunden.

(Beifall bei der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Oje! Gott sei Dank ist er nicht mehr in der Schule, sondern hier! Die armen Schüler!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Thomas Silberhorn hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von dem letzten europäischen Gipfel gehen einige klare Botschaften aus.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Ja, das ist wahr!)

Die erste Botschaft lautet: Wir machen die Politik. Die Regierungen und die Parlamente setzen die Rahmenbedingungen für das Wirtschaften und nicht Ratingagenturen oder irgendwelche Investoren. Das Heft des Handelns liegt in den Händen der Politik, und das wird auch so bleiben.

(B)

(Beifall der Abg. Volker Kauder [CDU/CSU] und Dr. Michael Meister [CDU/CSU])

Das sollten sich all diejenigen hinter die Ohren schreiben, die glauben, gegen ganze Staaten oder Volkswirtschaften wetten zu müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Herr Silberhorn, Sie wissen es doch besser!)

Die zweite Botschaft dieses Gipfels lautet: Die Schuldenparty ist beendet. Es gibt jetzt Haushaltsdisziplin für alle. Deswegen ist es ein Erfolg, dass jetzt überall auf nationaler Ebene Schuldenbremsen eingeführt werden. Es ist ein Erfolg, dass das Defizitverfahren weiter automatisiert wird. Die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist gewissermaßen eine Rückkehr zu den Wurzeln der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Verstöße gegen den Stabilitätspakt müssen der Vergangenheit angehören.

Deswegen lautet die dritte Botschaft dieses Gipfels: Verträge sind einzuhalten. Vertragstreue ist eine Voraussetzung für unsere Glaubwürdigkeit in der Krise. Nachdem die Europäische Union als Rechtsgemeinschaft stark geworden ist, geht es jetzt darum, dass wir an diese Stärke anknüpfen, indem wir zur Vertragstreue zurückkehren. Deswegen ist dieses Ergebnis ein „Maastricht

plus“ und damit der richtige Kurs zur Stabilisierung unserer gemeinsamen Währung. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der europäische Gipfel hat auch mit dem viel erreicht, was nicht beschlossen worden ist. Es sind keine Euro-Bonds beschlossen worden, es gibt keine Banklizenz für den Rettungsschirm, und es gibt keine Lizenz zum Gelddrucken für die Europäische Zentralbank. Nichts von alledem, was SPD und Grüne wollen, hat dieser Gipfel beschlossen. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: So offensiv, wie Sie gerade unmittelbar vor dem Gipfel für eine Vergemeinschaftung der Schulden plädiert haben, und so offensiv, wie Sie das Konzept verfolgen, alte Schulden mit immer noch mehr neuen Schulden zu bekämpfen – das kann nicht gelingen.

Sie müssen sich die Frage gefallen lassen: Wessen Geschäft besorgen Sie eigentlich? Im Interesse unseres Landes lag diese Position ganz sicher nicht. Im europäischen Interesse lag sie auch nicht; denn die 26 Mitgliedstaaten haben auf diesem Gipfel das glatte Gegenteil von dem beschlossen, was Sie wollen. Das ist eine gute Nachricht für Deutschland und für Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Vergemeinschaftung von Schulden gefährdet das Kreditrating der Euro-Staaten. Das war sicherlich ein Grund, weshalb Frankreich, Italien und andere gar kein Interesse daran haben konnten, durch Euro-Bonds ihre eigene Bonität aufs Spiel zu setzen. Eine Vergemeinschaftung der Schulden verteuert die Kredite für alle, und sie beschädigt das Vertrauen in die Haushaltsdisziplin. Deswegen sagen wir Nein zu einer Schuldenunion und Ja zu Eigenverantwortung, was Haushaltsdisziplin und Wettbewerbsfähigkeit der Länder betrifft. (D)

Wenn wir von Eigenverantwortung reden, gehört dazu auch, dass wir die Marktkräfte nutzen und wir die Disziplinierung der Staaten durch die Märkte zulassen. Deswegen ist es so wichtig, dass es risikoadäquate Zinsen gibt. Die einheitlichen Zinsen in der Währungsunion sind doch Gift gewesen. Sie waren eine Ursache für die Staatsschuldenkrise, in der wir heute stecken. Erwie-
senermaßen wirken sie destabilisierend. Deswegen müssen wir zur Transparenz zurückkehren und unterschiedliche, nämlich risikoadäquate, Zinssätze zulassen. Das ist der stärkste Anreiz zur Haushaltsdisziplin.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn heute beispielsweise von Italien über 7 Prozent an Zinsen verlangt werden, muss unsere Antwort sein: Ja, und? So ist es jetzt. Das kostet es jetzt. – Wer diese hohen Zinssätze vermeiden will, darf nicht an Verlagerung der Schulden auf Dritte denken, sondern muss im eigenen Haus für Ordnung sorgen und Haushaltsdisziplin einkehren lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Marktkräfte zu nutzen, bedeutet auch, dass sich die übrigen Marktteilnehmer der Disziplinierung durch die Märkte unter-

Thomas Silberhorn

- (A) werfen müssen. Dazu gehört nach meiner Auffassung nach wie vor die Gläubigerbeteiligung. Sie ist durch die Gipfelbeschlüsse nicht abgeschafft worden. Es gibt nicht nur weiterhin diese Collective Action Clauses, sondern es soll eine Gläubigerbeteiligung im Rahmen des Internationalen Währungsfonds stattfinden. Der hat dafür keine theoretischen Regeln, aber er wendet praktisch Gläubigerbeteiligung an. Das geht durchaus weit über das hinaus, was in dem bisherigen Vertragsentwurf für den Europäischen Stabilitätsmechanismus steht. Darin ist nur die Rede davon, dass ein Schuldnerland Verhandlungen aufnehmen und aktiv Einsatz zeigen soll. Es muss bei einer Gläubigerbeteiligung in geordnetem Rahmen bleiben.

Ein Drittes gehört dazu, Marktkräfte zu nutzen. Wir müssen auch die Regulierung der Finanzmärkte weiter betreiben und die Disziplinierung der Märkte selbst verstärken. Dazu gehören die Finanztransaktionssteuer und eine stärkere Eigenkapitalausstattung der Finanzinstitute, die auf den Weg gebracht ist. Nach meiner Auffassung gehört dazu auch – das möchte ich neu einführen –, dass wir bei den Kreditausfallversicherungen eine Notifizierungspflicht einführen; denn wir wissen nicht, was da weltweit alles unterwegs ist. In diesen Kreditausfallversicherungen liegt im Falle eines Zahlungsausfalles ein enormes Eskalationspotenzial; denn niemand weiß, wer wem in welchem Umfang Geld schuldet. Deshalb halte ich es für notwendig, dass wir hier durch eine Notifizierungspflicht Transparenz schaffen, die zumindest zum Ergebnis haben kann, dass Insidergeschäfte vermieden werden und damit keine weitere Eskalation stattfindet.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Natürlich ist es richtig, wenn hier immer wieder eingewandt worden ist, dass Haushaltsdisziplin allein noch nicht reicht, die Euro-Zone zu stabilisieren, sondern dass weitere Schritte erforderlich sind. Bisher beschränken sich die Bemühungen zur Stabilisierung der Währung im Wesentlichen auf Finanzhilfen. Wir müssen darauf achten, dass der erkaufte Zeitgewinn auch tatsächlich genutzt wird, um die Haushalte zu konsolidieren und um wettbewerbsfähige Strukturen in Wirtschaft und Verwaltung wiederherzustellen. Wir müssen aber auch darauf achten, dass diese Finanzhilfen niemanden überfordern, weder die Geberländer in finanzieller Hinsicht noch die Empfängerländer in politischer Hinsicht; denn das Ergebnis dieser Finanzhilfen und der damit verbundenen Auflagen ist, dass ein Empfängerland seine politische Handlungsfreiheit weitgehend einbüßt. Wir müssen also auch die Frage beantworten, was passiert, wenn die vereinbarten Sanierungsziele nicht erreicht werden. Was ist, wenn die nächste Tranche nicht ausgezahlt werden kann, was der Bundesfinanzminister für Griechenland schon einmal angedroht hat? Diese Frage dürfen wir nach meiner tiefen Überzeugung nicht unbeantwortet lassen, weil sie eine Ursache für Unsicherheit auf den Märkten ist.

Die Antwort kann nur lauten, dass wir die Stabilitätsbemühungen bzw. die Stabilisierungsmechanismen mit einem Sanierungsverfahren verknüpfen. Herr Brüderle, ich habe Verständnis, wenn die FDP in diesem Zusam-

menhang von geordneter Insolvenz spricht. Ich spreche lieber von Sanierungsverfahren, weil man Staaten nicht abwickeln kann wie ein Unternehmen. Aber wir brauchen natürlich so etwas wie eine Umstrukturierung der Staatsschulden, was bezogen auf Griechenland jetzt vorgenommen worden ist. Nach meiner Überzeugung brauchen wir aber auch einen Weg, um ein Ausscheiden aus der Euro-Zone zu ermöglichen. Wir sagen Ja zu Solidarität, aber auch Ja zu Eigenverantwortung. Wir sagen Ja zu Finanzhilfen; aber sie können nicht grenzenlos gewährt werden, weil wir sonst in einem Finanzausgleich landen, den wir nicht wollen, weil wir sonst in einer Schuldenunion landen, die wir vermeiden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es hat schon seinen Grund, dass nicht nur die CSU, sondern auch die CDU auf ihrem letzten Parteitag in einem Leitantrag deutliche Worte zu dem Weg in Richtung Ausscheiden aus der Euro-Zone gefunden hat. Ich glaube, wir müssen deutlich machen, dass wir die Märkte, auf denen mit sehr viel mehr privatem Kapital gehandelt wird, als die Staaten durch volkswirtschaftliche Leistung generieren können, nicht allein mit Geld beeindrucken können, sondern nur durch konsequentes Handeln.

Deutschland und Europa stehen in dieser Krise vor einer Richtungsentscheidung. Die Richtung, die uns die Opposition vorschlägt, führt geradewegs in eine Schuldenunion hinein.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stoiber! Stoiber!)

(D)

Eine Sozialisierung und Vergemeinschaftung nationaler Schulden würde die Bonität aller Euro-Mitglieder beschädigen. Die Inflation, die damit einherginge, ginge natürlich zulasten der kleinen Leute. Ich rate Ihnen, einmal einen Blick auf die Sparprogramme zu werfen, ob in Griechenland, Portugal, Irland, Spanien oder jetzt auch in Italien: Die mit solchen Sparprogrammen verbundenen massiven Kürzungen treffen in erster Linie die Löhne, die Renten und die sozialen Leistungen und damit genau die Leute, die Sie eigentlich zu Ihrer Klientel zählen. Deswegen ist klar, dass der Weg in die Schuldenunion nicht der richtige Weg sein kann.

Wir brauchen eine Stabilisierung der Euro-Zone, indem wir Haushaltsdisziplin einfordern, indem wir strukturelle Reformen auf den Weg bringen. Das erreichen wir nicht durch neue Ausgabenprogramme, für die das Geld nicht da ist, sondern durch strukturelle Reformen in den Bereichen Wirtschaft und Verwaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Außerdem müssen wir die Finanzmärkte regulieren. Ich sage es nochmals: Vertrauen ist nicht durch Geld zu erkaufen. Vertrauen lässt sich nur mit einem konsequenten Stabilitätskurs gewinnen.

Es geht in dieser Krise nicht nur um die Leistungsfähigkeit unserer Haushalte, unserer Wirtschaft und Verwaltung. Es geht um die Leistungsfähigkeit unserer marktwirtschaftlichen Ordnung, unserer parlamentarischen Demokratie, der europäischen Integration insge-

Thomas Silberhorn

- (A) samt. So wie im 19. Jahrhundert die Märkte nicht in der Lage waren, die soziale Frage zu beantworten, und wie im 20. Jahrhundert die Märkte keine ausreichenden Lösungen geboten haben, um die ökologische Herausforderung zu bewältigen, so stehen wir im 21. Jahrhundert vor der Frage, wie wir die Finanzmärkte ordnen müssen, um unsere Währung zu stabilisieren. Dazu brauchen wir unsere soziale Marktwirtschaft, dazu brauchen wir unsere freiheitlichen Demokratien, und dazu brauchen wir die europäische Zusammenarbeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat der Kollege Norbert Barthle für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Claudia Winterstein [FDP])

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu den Ergebnissen des Brüsseler Gipfels in der vergangenen Woche drei Anmerkungen machen.

Erstens. Beharrlichkeit zahlt sich aus. Die Beharrlichkeit der deutschen Bundesregierung, die Beharrlichkeit der christlich-liberalen Koalition, die diese Bundesregierung trägt, die konsequente Verfolgung eines klaren politischen Ziels durch die Bundeskanzlerin Angela Merkel waren erfolgreich. Das zahlt sich in hervorragenden Ergebnissen aus, die aus meiner Sicht wirklich einen Meilenstein auf dem Weg zu einem künftigen Europa der Stabilität darstellen.

- (B) Lassen Sie uns noch einmal Revue passieren, worum es in den vielen Verhandlungen der vergangenen Monate ging. Es ging doch immer um die Grundfrage: Soll man zur Bekämpfung dieser Staatsschuldenkrise einfach mehr Geld in die Hand nehmen und aus neuen Finanzquellen schöpfen oder auf einen Kurs hin zu mehr Stabilität und zur Konsolidierung der nationalen Haushalte einschwenken? Ich denke, wir haben heute viel zu wenig über Stabilität, über die Schuldenbremse und über Haushaltsdisziplin gesprochen und viel zu viel über Nebenkriegsschauplätze; denn Kernerfolg dieses Gipfels ist, dass sich ganz Europa – mit Ausnahme der Briten – zu einem Europa der Stabilität mit einer Verschärfung der Haushaltsaufsicht, mit koordinierten Maßnahmen zur Stärkung wirtschaftlicher Reformen, der Wettbewerbsfähigkeit und damit auch des Wachstums bekennt.

Lassen Sie uns noch einmal Revue passieren, worum es in den vielen Verhandlungen der vergangenen Monate ging. Es ging doch immer um die Grundfrage: Soll man zur Bekämpfung dieser Staatsschuldenkrise einfach mehr Geld in die Hand nehmen und aus neuen Finanzquellen schöpfen oder auf einen Kurs hin zu mehr Stabilität und zur Konsolidierung der nationalen Haushalte einschwenken? Ich denke, wir haben heute viel zu wenig über Stabilität, über die Schuldenbremse und über Haushaltsdisziplin gesprochen und viel zu viel über Nebenkriegsschauplätze; denn Kernerfolg dieses Gipfels ist, dass sich ganz Europa – mit Ausnahme der Briten – zu einem Europa der Stabilität mit einer Verschärfung der Haushaltsaufsicht, mit koordinierten Maßnahmen zur Stärkung wirtschaftlicher Reformen, der Wettbewerbsfähigkeit und damit auch des Wachstums bekennt.

Lassen Sie mich nochmals Revue passieren: Wo stünden wir heute, wenn wir den Vorschlägen der Opposition in den vergangenen Monaten gefolgt wären?

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind Sie ja!)

Euro-Bonds wären schon längst eingeführt worden. Euro-Bonds bringen aber eine gesamtschuldnerische Haftung mit sich; Euro-Bonds sind nichts anderes als

Schuldensozialismus. Ich bin froh, dass es nicht so gekommen ist. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wären wir Ihren Vorschlägen gefolgt, dann hätten wir schon längst eine Transferunion mit unkonditionierten Hilfen, dann hätten wir schon längst eine Banklizenz für die EFSF und die Geldschleusen bei der EZB wären weit geöffnet. Zu all dem kam es nicht, und das ist ein Verdienst der Verhandlungsführung unserer Bundesregierung. Dafür kann ich nur noch einmal meine Anerkennung aussprechen. Das ist aller Ehren wert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, aus dem heutigen *Tagesspiegel* zitieren, in dem von einer Allensbach-Umfrage unter 500 Führungskräften aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung berichtet wird. Diese Befragung ergab, dass 70 Prozent die Kanzlerin aktuell für eine starke Kanzlerin halten. Das sind, laut Frau Köcher, doppelt so viele wie noch im Sommer dieses Jahres. Da kann ich nur sagen: Chapeau, Frau Bundeskanzlerin! Sie musste leider schon weg, um wichtige Gespräche zu führen. Diese Anerkennung hat sie sich redlich verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Nun gab es in den vergangenen Monaten in Europa viele Veränderungen. In einigen Staaten wurden die Regierungen abgewählt oder die Regierungsspitze wurde, zum Beispiel in Italien, ausgewechselt. Es gibt in all diesen am meisten gefährdeten Ländern substanzielle Reformen. Sie sind auf dem richtigen Weg. Aber es ist klar erkennbar, dass diese europaweite Staatsschuldenkrise so manche Regierung ihren Sitz gekostet hat. Ich kann natürlich verstehen, Herr Steinmeier, dass die Opposition hierzulande etwas verärgert ist, wenn sie erkennen muss, dass anderswo Regierungen stürzen, während die Regierung in Deutschland im Verlaufe dieser Krise immer größeres Ansehen genießt. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Abwarten! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das ist eine gewagte These!)

Für alle wird erkennbar, worum es bei diesen Debatten, auch auf europäischer Ebene, geht. Für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land wird erkennbar: Es geht auch immer wieder um grundsätzliche Auseinandersetzungen. Mir fehlt leider die Zeit, alles aufzuführen, was im Entschließungsantrag der SPD, den Sie heute einbringen, falsch ist. Ich greife zwei Punkte heraus.

Sie fordern die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Leistungsbilanzen stabilisiert werden – das ist noch in Ordnung – und dass die Überschussländer ihre Binnennachfrage über höhere Löhne stärken und so dafür sorgen, dass die Leistungsbilanzen ausgeglichener sind. Das heißt auf gut Deutsch nichts anderes, als

Norbert Barthle

- (A) dass Sie unsere Wettbewerbsfähigkeit schwächen wollen. Sie wollen, dass deutsche Maschinenbauer, deutsche Automobilbauer weniger exportieren, und dadurch wollen Sie andere stärker machen. Genau das ist die ideologische Auseinandersetzung. Sie wollen die Starken schwächen und meinen, dadurch würden die Schwachen stärker. Das ist grundlegend falsch. Europa wird nicht stärker, indem man die Starken schwächt. Europa wird stärker, indem man die Schwachen stärkt. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will einen zweiten Punkt herausgreifen. Sie fordern die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass neben Sparprogrammen für überschuldete Mitgliedsländer auch Wachstumsprogramme aufgelegt werden. Liebe Kollegen von der SPD, sollen wir – womöglich auf Pump, mit neuen Schulden – Wachstumsprogramme für überschuldete Länder finanzieren? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. – Allein diese beiden Beispiele zeigen, dass dieser Antrag nicht ernst zu nehmen ist.

Lassen Sie mich eine zweite Anmerkung machen, und zwar zum Vorziehen des ESM, des Europäischen Stabilitätsmechanismus, auf Mitte 2012. Ich halte diesen Schritt für wichtig, weil er zu mehr Vertrauen in die europäische Währung, in den Euro, führen wird. Warum? Das liegt an der Konstruktion des ESM. Er ist grundlegend anders konstruiert als die EFSF. Beim ESM gibt es einen Kapitalstock. In diesen Kapitalstock zahlen alle Staaten ein. Das heißt, es entsteht eine andere Form der Bonität. Bei der EFSF wird die Bonität nur durch die Triple-A-Länder gewährleistet. Sie garantieren für die Bonität der EFSF. Am ESM hingegen sind alle Länder beteiligt. Bei diesem Kapitalstock ist also eine ganz andere Bonität und damit auch Unabhängigkeit gegenüber den Urteilen von Ratingagenturen gegeben.

- (B) Das Vorziehen des ESM ist nicht mit Mehrkosten verbunden. Wir füllen den Kapitalstock lediglich ein Jahr früher auf. Das werden wir aller Voraussicht nach in Form eines Nachtragshaushalts spätestens im Sommer des kommenden Jahres tun. Meine Damen und Herren, diese Koalition aus CDU/CSU und FDP wird alles dafür tun – wir werden uns anstrengen –, die Nettokreditaufnahme nicht oder allenfalls marginal erhöhen zu müssen. Wir werden uns bemühen, für diese zusätzliche Belastung im Haushalt 2012 entsprechende Gegenfinanzierungen zu finden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Einbeziehung bzw. die stärkere Beteiligung des IWF. Lassen Sie mich, da es einige kritische Nachfragen und Unruhe gegeben hat, zunächst einmal klipp und klar sagen: Ich halte es für gut und völlig richtig, dass der IWF stärker beteiligt wird. Warum? Der IWF steht für Expertise, für Erfahrung und für strenge Konditionalität, und zwar bei allen Programmen, die er begleitet. Es geht dabei immer um die Wiederherstellung der Finanzierungsfähigkeit eines Staates. Insofern ist es gut, dass der IWF mit dabei ist.

Das unmittelbare Risiko für Deutschland erhöht sich dadurch nicht, allenfalls über Umwege, nämlich im Hinblick auf den First-Creditor-Status. Nur, lieber Herr Kol-

lege Trittin: Den hat der IWF schon, und der IWF war auch bisher an allen Nothilfeprogrammen beteiligt. Das ist also nichts substanzvoll Neues. Da lohnt es sich nicht, sich hier aufzublasen. Man sollte die Leute nicht verunsichern.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Mit diesem Gipfel ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger und wesentlicher Schritt hin zu einer Stabilitätsunion gelungen. Jetzt kommt es darauf an, die Beschlüsse möglichst schnell und konsequent umzusetzen, und zwar in allen Ländern. Wir sind gerne bereit, weiterhin voranzugehen. Wir werden die Tür für Großbritannien offen halten. Wir hoffen, dass sich die Briten noch besinnen und irgendwann ebenfalls beitreten; denn das wäre im Sinne Gesamteuropas. Europa hat, wenn alle zusammenhalten, eine gute Zukunft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Michael Stübgen hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Michael Stübgen (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die Ehre, als letzter Redner in der heutigen Debatte zu sprechen. Wir befinden uns, was die Europäische Union betrifft, am Ende eines sehr bewegten Jahres. Es gab allein in diesem Jahr, einschließlich heute, sechs Regierungserklärungen nur zur Euro-Krise, zur Euro-Verschuldungs- und zur Euro-Finanzierungskrise. Dies ist die zehnte Bundestagsdebatte in diesem Jahr, die wir nur zu diesen Fragen führen; für dieses Jahr wird es mit Sicherheit die letzte sein. Ich habe nicht den Ehrgeiz, zu versuchen, diese Zahl im nächsten Jahr zu erhöhen. Aber eines ist am Ende dieses Jahres sicher: Wir werden uns mit der Verschuldungs- und der Finanzierungskrise der Europäischen Union auch im nächsten Jahr beschäftigen müssen. Denken Sie nur daran: Griechenland II muss noch umgesetzt werden, und das Stabilitätsmechanismusgesetz können wir immer noch nicht so anwenden, wie wir es im Bundestag beschlossen haben. Hier sei mir allerdings der Hinweis gestattet, dass ich es für absolut notwendig halte, dass das Bundesverfassungsgericht so bald wie möglich entscheidet.

(Beifall des Abg. Dr. Michael Meister [CDU/CSU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der letzten Woche gab es einen Europäischen Rat und einen Rat der Euro-Gruppe. Beschäftigt hat man sich zum einen mit notwendigen und wichtigen Beschlüssen, was die aktuelle Euro-Krise bzw. die Reaktion auf diese Krise betrifft.

Michael Stübgen

(A) Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, dass wir den Europäischen Stabilisierungsmechanismus auf das nächste Jahr vorziehen wollen. Wir haben in diesem Hause schon mehrfach darüber diskutiert; jetzt gibt es Einigkeit darin, das umzusetzen. Es ist auch schon erläutert worden, warum das wichtig ist. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass das Hauptproblem der EFSF darin besteht, dass aufgrund der reinen Gewährleistungsstruktur nicht schnell genug agiert werden kann. Dies wird der ESM besser können.

Ein anderes wichtiges Ergebnis des Europäischen Rates ist, dass wir es geschafft haben, eine monatelange Hängepartie zu beenden, ob wir in Europa über sogenannte Collective Action Clauses zu einer strukturierten Gläubigerbeteiligung kommen, was in Europa sehr kritisch diskutiert wurde. Jetzt gibt es Klarheit darüber, wie sie umgesetzt werden sollen. Sie sollen sich direkt an den Strukturen des IWF orientieren, die sich in den letzten Jahrzehnten bewährt haben und immer wieder angepasst wurden.

Auf dem Europäischen Rat sind aber auch noch verschiedene andere Beschlüsse in Reaktion auf die Krise gefasst worden. Nach meiner Überzeugung ist in der vergangenen Woche auch etwas fundamental Neues beschlossen worden, was wir so in den letzten zwei Jahren noch nicht hatten. Die deutliche Mehrheit der Mitglieder der Europäischen Union – auch wenn es nur die 17 Länder der Euro-Zone gewesen wären, wäre es ein Riesenerfolg gewesen; aber es werden auf jeden Fall deutlich mehr sein – hat sich darauf geeinigt, in ihren Ländern nationale Schuldenbremsen mit Verfassungsrang oder auf vergleichbarer Ebene einzuführen. Das ist ein Aufbruch in eine Stabilitätsunion, den wir bisher nicht hatten. Ich glaube, das ist ein großer Erfolg, der irgendwann einmal als eine historische Wende bezeichnet werden wird. „Aufbruch in eine Stabilitätsunion“ heißt natürlich nicht, dass wir das Ziel damit schon erreicht haben. Es wird noch viele notwendige Entscheidungen geben. Um mit der Schuldenbremse, wie wir sie in Deutschland verankert haben, das Ziel in Bezug auf die Gesamtverschuldung zu erreichen, wird es noch ungefähr 20 Jahre dauern. Auch in Deutschland brauchen wir einen längeren Zeitraum dafür; aber ich glaube, dass dieser Aufbruch absolut entscheidend ist.

Als wir in Deutschland – die Initiative dafür ging von der Großen Koalition aus – über die Schuldenbremse diskutiert und ihr dann einen Verfassungsrang eingeräumt haben, sind wir in fast ganz Europa belächelt worden. Viele haben gesagt: Lasst die das mal machen. Die Austeritätspolitik wird nicht funktionieren; sie werden das irgendwann wieder aufheben. – Noch vor wenigen Monaten sind wir in der Europäischen Union zum Teil beschimpft worden, wenn von deutscher Seite der Hinweis gegeben wurde, dass es wichtig wäre, dass alle Euro-Länder – damals waren es immer nur die Euro-Länder – eigene Schuldengrenzen mit Verfassungsrang einführen. Jetzt beginnen wir damit, das in fast jedem Mitgliedsland der Europäischen Union umzusetzen. Ich glaube, das ist kein Sieg deutscher Überlegung, sondern das zeigt, dass die Europäische Union lernfähig und in

der Lage ist, Fehler der Vergangenheit zu erkennen und zu beheben. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube, das war der entscheidende Beschluss, der am vergangenen Wochenende gefasst worden ist. Er wurde von der deutschen Bundesregierung, von der Bundeskanzlerin und vom Bundesfinanzminister, intensiv vorbereitet und schon im Vorfeld von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP massiv unterstützt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden die Umsetzung dieser Beschlüsse auch in den nächsten Jahren aktiv und intensiv begleiten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe damit die Aussprache.

Zu diesem Zusatzpunkt liegt uns eine schriftliche Erklärung des Abgeordneten Andrej Hunko nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungsanträge.

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/8135. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist abgelehnt bei Zustimmung durch die einbringende Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Die übrigen Fraktionen haben abgelehnt. (D)

Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/8136. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist abgelehnt. Die einbringende Fraktion hat dafür gestimmt, alle anderen dagegen.

(A)

Anlagen zum Stenografischen Bericht (C)**Anlage 2****Erklärung nach § 31 GO**

**des Abgeordneten Andrej Hunko (DIE LINKE)
zur Abstimmung über den Entschließungs-
antrag der Fraktion der SPD zu der Abgabe ei-
ner Regierungserklärung durch die Bundes-
kanzlerin zu den Ergebnissen des Europäischen
Rates am 8./9. Dezember 2011 in Brüssel**

In der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin wer-
den die Ergebnisse des Europäischen Rates vom 8./9. De-
zember dargelegt. Ich halte die Ergebnisse dieses Gipfels
für verheerend, weil

1. die falsche Grundannahme, dass es sich bei der Euro-
Krise um eine Staatsschuldenkrise aufgrund überbor-
dender Sozialstaatsausgaben handele, zu völlig fal-
schen Schlussfolgerungen führt – tatsächlich geht die
Euro-Krise in erster Linie auf ein entfesseltes Ban-
ken- und Finanzsystem zurück und wird durch Fehl-
konstruktionen innerhalb der EU weiter vertieft und
durch Bankenrettungspakete am Leben erhalten,
2. diese falschen Schlussfolgerungen, die in dem ge-
planten fiskalpolitischen Pakt festgeschrieben wer-
den sollen, die Krise weiter vertiefen und europaweit
zu einer dramatischen Bedrohung für demokratische
und soziale Errungenschaften führen werden,
3. keinerlei Anstrengungen unternommen werden, das (D)
entkoppelte Banken- und Finanzsystem auf seine
Kernaufgaben, Diener der Realwirtschaft zu sein, zu-
rückzuführen, sondern im Gegenteil mit der Vorzie-
hung des „Europäischen Stabilitätsmechanismus“,
ESM, dieses aus Steuergeldern weiter abgesichert
werden soll,
4. die Durchsetzung der insbesondere von der Merkel-
Regierung vorangetriebenen Austeritätspolitik
Brüning'scher Prägung zur europäischen Desintegra-
tion führt.

Den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
lehne ich ab, weil

1. er die falsche Grundanalyse der Bundesregierung
übernimmt,
2. ihm die im fiskalpolitischen Pakt vereinbarten Sank-
tionen gegen „Defizitsünder“ nicht weit genug ge-
hen,
3. der steuerfinanzierte Airbag für das Banken- und
Finanzsystem, ESM, sogar beschleunigt eingeführt
werden soll,
4. er die Gefahr für die Demokratie nicht thematisiert
und
5. er die soziale Dimension der Austeritätspolitik fast
völlig ausblendet.

Die richtigen Elemente im Antrag der Fraktion der
SPD – „mittelfristiges“ Initiativrecht des Europäischen

(B)

(A) Parlaments, Ausgleich der Leistungsbilanzunterschiede, Finanztransaktionsteuer – verblissen hinter diesen falschen Grundparadigmen.

(C)

(B)

(D)

